

# Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Städten erhältlich

**Sammelt für Mansfeld!**  
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 22. Juli 1930 Nummer 168

Zur heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags

## Die sächsischen Nazis wollen Arbeitsbeschaffung verhindern

Regierungshandel mit den SPD-Parteien gescheitert

Dresden, den 22. Juli.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion erklärt in einer Mitteilung an die Presse, daß sie die Vorschläge Dr. Webers zur Regierungsbildung ablehnen und die Auflösung des Landtages fordern werde.

Nachdem der deutschnationale SPD-Kandidat der Nazis, Otto Rüdiger, in der letzten Landtagsitzung nicht gewählt wurde, hat die Wirtschaftspartei Dr. Weber, den bisherigen Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Weber hat zu den bürgerlichen Parteien einen Brief über die Befreiung der Wirtschaft geschrieben, in dem er betont, daß die Nazis nicht nur wirtschaftlich und moralisch die Befreiung der Wirtschaft nicht erhalten könnten. Er hat ihnen das Ministerium angeboten. Das lehnen die Nazis ab.

Diese Tatsachen beleuchten blühartig die wirkliche Rolle der Nazis. Sie, die den Wählern in der Wahlversammlung versprochen, alles daranzusetzen, daß Arbeit beschafft werde, damit die Arbeiter Lohn und Brot erhalten, das die Lage der Gewerbetreibenden durch Hebung der Produktion verbessert wird, haben diese Versprechungen in den Wind geschlagen. Minister usw. wollen die Nazis, Polizei-Minister, um den Polizeiapparat in die Hand zu bekommen. Sie wollen mit Hilfe der Polizeigewalt den Kampf der Arbeiter um Arbeit und Brot, den Kampf der Werkstätigen gegen das Elend der Hungerlöhne niederzuschlagen. Die Nazis entlarven sich als die brutalsten Hungerlöhner gegen die Werkstätigen.

Die Forderung der Wirtschaftspartei in dem Aufruf um die Befreiung der Wirtschaft erhält einwandfrei, daß sie nicht ist, mit allen Mitteln für eine faschistische Regierung zu kämpfen. Diese Wirtschaftspartei ist aber von der SPD und Weibel als „Koalitionswürdig“ befunden worden. Und versucht bekanntlich, seine Koalitionswürdigkeit mit der exzentrischen Wirtschaftspartei zu beweisen, indem er eine Fraktion der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsgruppe „abhandelt“ in Ritten an die Diktatur-Regierung Brüning. Die SPD-Fraktion wird auch jetzt, nachdem ihr erst der

Stahl vor die Tür gesetzt wurde, zu einer Koalition bereit sein. Allerdings werden die Bödel und Co. darum bitten, daß ihnen angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen einige Agitationsphrasen gestattet werden.

Die Zulassung der Nazis würde die Regierungsbildung von Tag zu Tag mehr. Eine Lösung aus dem Dilemma gibt es für die bürgerlichen Parteien nicht. Allein die kommunistische Partei hat Forderungen eingebracht, die unmittelbar der Notlage der Werkstätigen begegnen können. Die Nazis wollen der Entschcheidung dadurch aus dem Wege gehen, daß sie den Landtag aufzulösen beantragen. Die Kommunisten werden diesem Manöver entschlossen entgegenzutreten. Sowohl, wir sind für die Auflösung des Landtages, aber erst fordern wir, daß unser Arbeitsbeschaffungs-

programm ohne „Abänderung“ verabschiedet wird. Die kommunistische Fraktion wird den sächsischen Arbeiterfreunden nicht gestatten, zu knifeln.

Die Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen aber werden aus den Manövern um die Regierungsbildung erkennen, daß jetzt der außerparlamentarische Kampfsatz verstärkt werden muß. Die Komagproleten weisen den sächsischen Arbeitern den Weg. Ueberall muß jetzt die Lösung:

**Geschlossene Kampffront, Streik für Arbeit und Brot, Streik gegen Lohnraub, Zusammenstoß aller Arbeiter und Erwerbslosen unter Führung der KPD, Massenvertretung auf dem 2. Landeskongreß der KPD, Massen demonstration am 1. August verwirklicht werden.**

## Reichsbannerarbeiter von Stahlhelm niedergestochen

Aber die SPD-Führer paradieren mit dem Stahlhelm vor Hindenburg und dem Bischof von Mainz

„Schon die bloße Selbstachtung verbietet es den rheinischen Arbeitermassen, sich mit diesen Gejerten zusammen an der Befreiungsfeier zu beteiligen.“ (Das Kölner SPD-Organ nach Aufhebung des Stahlhelmsverbot.)  
Von den sozialdemokratischen Führern „politische Selbstachtung“ zu verlangen, wäre zu viel verlangt. Nur natürlich, daß bei dem Befreiungsumzug im Rheinland diese SPD-Führer

gemeinsam mit dem Stahlhelm Spalier vor Hindenburg und dem Mainzer Bischof bildeten. Wenn diese „Arbeiterführer“ die revolutionären Wehrorganisationen gegen den Faschismus verbieten, das Stahlhelmsverbot aufheben, warum sollen sie ihre Tat und Gesinnungsgemeinschaft mit den Faschisten, dem Diktator Hindenburg und den Völkern nicht öffentlich demonstrieren?

Schändlich ist aber der Mißbrauch der Reichsbannerarbeiter durch diese Führer.

Ebenso bedauerlich aber, daß sozialdemokratische Arbeiter noch heute dieser Reichsbannerorganisation angehören. Gerade bei den jüngsten „Befreiungsfeiern“ am Rhein zahlte hundende Reichsbannerarbeiter ihre Gefolgschaft zu Höring mit ihrer Gesundheit. Die Dresdner Volkszeitung von gestern jammert über die Mainzer „Befreiungsfeier“:

„Bei den Zusammenstößen am Sonntag hatte das Reichsbanner bis 8 Uhr abends 10 Verletzte, darunter 3 mit schweren Verletzungen. Die Stahlhelmsleitung hat geradezu provozierend gehandelt. Unter anderem wurden große Stahlhelmsabteilungen vor der Durchfahrt des Reichspräsidenten ohne Notwendigkeit demonstriert durch die Straßen geführt, in denen das Reichsbanner zur Spalierbildung aufgestellt genommen hatte.“

Am Sonnabend wurden in St. Priest 3 Valiantos, auf denen sich viele Reichsbannerleute befanden, von mehreren hundend Stahlhelmsleuten aus dem Hinterhalt überfallen und mit Steinen bombardiert. Der Ueberfall war

## Frecher Anschlag auf Glot

Schlech-Regierung will Teilnahme sächsischer Kinder verhindern

Das Ministerium für Volksbildung hat auf Grund der Verordnung vom 19. Juli 1927 die Teilnahme von sächsischen Kindern an dem Arbeiterkinder-Welttreffen der Kommunistischen Partei in Berlin vom 23. bis 27. Juli 1930 verboten. Es dürfen also keine Sammeltransporte oder gemeinsame Abfahrten stattfinden. Das Polizeipräsidium wird die Einhaltung des Verbotes überwachen.

Eine glänzende Arbeitsteilung! Erst verbieten sozialdemokratische Staatsfunktionäre das Kinderreffen in Halle, um (wie delorgi!) die Kinder vor Diphtherie zu schützen. Die Sachregierung ist weniger rücksichtslos und verbietet die Beteiligung ohne jegliche Begründung. Aber sowohl der Terror der Sozialfaschisten wie des Bürgerblods werden nicht verhindern, daß das Weltkinderreffen unter Massenbeteiligung stattfindet.

## Mansfeld kämpft weiter!

Wenn die KPD führt / Reformistischer Dolchstoß pariert / Stahlhelm-Streifbrecher zum Teufel gejagt

Halle, 22. Juli. (Eigener Bericht.)

Am Freitag und Sonnabend fanden Massendemonstrationen im Streikgebiet statt. In stark beleuchteten Kundgebungen der KPD wurden die Versammelten einmütig jeden Lohnabzug ab und gegen die Gewerkschaftsbürokratie jedes Rechts ab, in ihrem Namen Verhandlungen mit der Mansfeld-KG zu treffen. Auch in den Gewerkschaftsmitgliederversammlungen wurden einstimmig die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der Mansfeld-KG und der Regierung abgelehnt. Die große Mehrheit der Arbeiter ist fest entschlossen, den Streik weiterzuführen.

Der Stahlhelmführer Düsterberg konnte keine Versammlung abhalten, sondern hat sich unter riesigem Polizeischutz vor den Massen verziehen müssen, während zu gleicher Zeit die KPD unter lautem Jubel der Bevölkerung auf dem Marktplatz sich in Zerstreuung versammelte.

In den Sonabendversammlungen in Hettstedt wurden 2 Arbeiter vom Posaunenchorverband und vom Deutschen Metallarbeiterverband, darunter zwei Funktionäre, und ein christlicher Prediger, in die oppositionelle Streikleitung gewählt. Unter dem Vorwand hat die Gewerkschaftsbürokratie eine von ihr beschlossene Anmeldung zur Arbeitsaufnahme am Sonnabend nicht nur wieder zurückgezogen und erklärt: Der Streik geht noch notwendig weiter! Die Zentralstreikleitung der KPD hat im Namen der Mansfeld-Arbeiter an die Direktion der Mansfeld-KG ein Schreiben gerichtet, in dem jeder Lohnabbau abgelehnt und die Forderungen der KPD erneut unterstrichen wurden.

Seit heute früh wurden im ganzen Mansfelder Land Streikposten von der KPD verstärkt. Die offiziellen Streikposten der Reformisten waren teilweise zurückgezogen, aber die meisten der Streikposten, von den Gewerkschaftsleitungen bestimmten Streikposten

gingen zusammen mit den oppositionellen Kameraden weiter auf Streikposten.

## 5 Mark Lohnkürzung

Antwortet mit Streik / Delegiert zum KPD-Kongreß

Reichen, den 22. Juli.

Den Arbeitern der Reichner Eisenindustrie wurde von der Direktion mitgeteilt, daß eine Lohnkürzung in Höhe von 5 Mark pro Woche durchgeführt werde. Setzt den Kampf gegen den unerhörten Anschlag zu organisieren, haben sich die Reformisten auf Schlichtungsverhandlungen, das heißt auf Lohnkürzung geeinigt.

Die Arbeiter müssen dieses Verräterspiel durchkreuzen und den Weg der glücklichen Posaunen-Arbeiter beschreiten, die auf den Lohnabbau mit Streik geantwortet haben.

## 50 Prozent Affordürzu

bei Münchens Erben in Ebersbach — Einstimmige Ablehnung der streichen Unternehmensforderung

Ebersbach, 22. Juli.

Die Firma Wagner u. Moros, Jittau, der der Betrieb Hermann Münchens Erben, Ebersbach, angeschlossen ist, hat dem Betriebsrat der Firma Münchens Erben mitgeteilt, daß die Affordürzu um 50 Prozent gekürzt werden sollen. Die Versammlung der Belegschaft beschloß einstimmig, diesen schmerzhaften Lohnraub abzulehnen und den härtesten Kampf dagegen zu führen.



...vorbereitet und konnte unter den Augen der Polizei (der Polizei SPD-Wacht!) die Red. der Arbeiterstimme ausgeführt werden.

Die Stahlhelmleitung hat garabesu „promotierend gehandelt“, verheißt Volkszeitung? Ist das verwunderlich, wenn der oberste SPD-Funktionär, Herr Braun, wenige Tage vorher das Stahlhelmverbot aufhebt oder, wie das Blättchen-am-Kettnerplatz es so schonend ihren Lesern heibringt, wenn Hindenburg den preussischen Ministerpräsidenten Braun moralisch unter Druck gesetzt hat, das Stahlhelmverbot für die Rheinlande aufzuheben?

Ist diese Promotion der Faschisten verwunderlich, wenn sozialdemokratische Polizeipräsidenten revolutionäre, sich gegen die Faschisten wehende Arbeiter niederdrücken lassen, wenn die SPD-Preße SPD-Arbeiter gegen kommunistische Arbeiter hegt, wenn die „linke“ SPD beispielsweise in Sachsen bereit ist, mit den rechten Parteien die Große Koalition zu bilden, in deren Namen die Hindenburg und Brüning den Artikel 48 verkünden und zur föhlichen Diktatur rufen?

Rechtlich werden die Faschisten dann propagieren, denn die SPD-Führer bereiten ja dem Faschismus den Weg. Es liegt an den Genossen der Antifa und der kommunistischen Jugend, den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen zu öffnen, nicht nur über die nahe Gefahr der offenen föhlichen Diktatur, sondern ebenso über die Dienstrolle der

SPD-Führer, die dieser Diktatur den Weg bereiten. Nieder mit den Bundesgenossen der Stahlhelmschützen, mit Horring und Sennering und ihrem „Unken“ Unhang in Sachsen!

Es lebe die antifaschistische Einheitsfront zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern!

### Die SPD-Arbeiter werden auf eure Demokratie pfeifen

Auch die östliche SPD erscheint nun mit einem Wahlausruf. Sie, die SPD, „wird die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, gegen alle Diktaturgelüste erfolgreich verteidigen“.

Das ist alles, was diese „Unken“ zu sagen haben. Für die Demokratie, mit deren Verkündung soden der Artikel 48 verkündet worden ist und in deren Namen SPD-Braun das Stahlhelmverbot aufgehoben hat, für diese „Herrschaft des Volkes“ sollen die SPD-Arbeiter Wählerarbeit leisten?

Zu viel verlangt, Herr Edel! Ihr habt seit der Reichstagswahl 1928 in Sachsen 120000 Stimmen verloren. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter am 14. September zu weiteren Verlusten sich mit ihren kommunistischen Klassenpartnern verbünden und den Koalitionsbrüdern à la Edel und Arndt den Kaufschilling geben.

### Reformistische Umtriebe am Zalsperrenbau Lehmühle

Oppositionelle Arbeiter gemäßigert So „beschaff“ die SPD Arbeit

Dresden, den 22. Juli

Als im Landtag das sogenannte „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, die Vorlage 2 der Regierung, zur Beratung kam, wurde von der SPD und den Bürgerlichen auf Verlangen der Regierung die Schlußberatung der Vorlage verlangt. Die Kommunisten widersetzten sich der Schlußberatung, weil man nur die Regierungsanträge in Schlußberatung nehmen wollte. Die kommunistischen Anträge sollten in die Ausschüsse verwiesen werden, damit man sie bis nach den Ferien liegen lassen kann, betrachten

Das sogenannte „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Regierung war nur ein Auszug aus dem Etat, der einer „kommunistischen“ Regierung zur Vorlegung vorbehalten bleibt, aber auch bereits im Etat der alten Bürger-Regierung für das Jahr 1929 seine Grundlage hat. Diese Vorlage ist alles andere als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das in Anbetracht der ungeheuren Erwerbslosigkeit in Sachsen einen ganz anderen Inhalt haben müßte.

Mit Recht verlangen die Kommunisten die gleichzeitige Beratung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms, das sofort nach der Annahme dem Landtag in einem Antrag vorgelegt wurde.

Gezwungen durch die Initiative der Kommunisten, beschannunmehr die Sozialdemokraten bei der ersten Beratung vorzugehen, zu nichts verpflichtende „Abänderungsanträge“ ein. In diesen Anträgen wird nun verlangt, daß die in der Regierung bei der Reichsregierung (des Reiches) für das und jenes sich einsehen soll. Also eine Verweisung der ganzen Dinge, um ja keine allzu große Befolgung bei einer kommenden Regierungsbeteiligung zu haben.

Der „Große Arndt“ von Sachsen, der diese Abänderungsanträge begründete, sagte, zu den Kommunisten gebend, zu wichtiger Stimme:

„Ich habe gehört, daß die Kommunisten einer Schlußberatung widersprechen wollen. Das bedeutet, daß morgen 60 Arbeiter der Zalsperre Lehmühle auf die Pfahler fliegen, die Verantwortlichen dafür wären die Kommunisten.“

Warum ja nicht das Arndt? Man hatte von der Lehmühle den vor längerer Zeit von den Arbeitern zum Lehm gejagten SPD-Bundesdelegierten Jenisch nach dem Landtag in derbort, er sah auf der Tribüne und wählte den Verhandlungsleiter. Mit den nötigen Anstrichen wurde dann Jenisch an anderen Tage auf die Arbeiter der Zalsperrenhäuser mit ungeheuren Heile gegen die Kommunisten losgelassen. Die Kommunisten haben im Landtag gegen die Mittel für den Zalsperrenbau, gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm gestimmt.“

Sofort verlangten einige Arbeiter von den kommunistischen Abgeordneten Aufklärung, und am vorigen Freitag (am 20. Juli) während der Mittagspause der Genosse Siegel zu den Arbeitern der Lehmühle. Der SPD-Mann Jenisch wurde verurteilt und dringend gebeten, im Interesse der Arbeiter an der Versammlung teilzunehmen. Er aber kniff und sah drüber von der Bauhütte. Entrüstung bemächtigte sich der Arbeiter, als sie verlagene Art und Weise der Sozialdemokraten bekannt wurde. Alle waren sich einig, daß nur die kommunistische Partei ein ernsthaft für die Forderungen der Arbeiter eintrat. Das kam auch zum Ausdruck in einer guten Sammlung im Mansfeld, die in dieser Versammlung vorgenommen wurde.

Geradezu ungeheuerlich ist aber die Methode, die der feige Jenisch am Nachmittag anwandte. So kam die bekannte Kommission der Pauline Döbner u. Widmann unter Führung des Oberingenieurs mit der eigenen Hand“. SPD-Mann Jenisch wurde zur Beratung herangezogen und schmierte untertäuglich mit vielen Worten herum.

Was war der Inhalt dieser Unterredung? Am anderen Morgen wurden 4 bekannte revolutionäre Arbeiter, die sich immer für die Befreiung der Lehmühle eifrig einsetzten, wegen „Arbeitsmangel“ entlassen.

Kun, Herr Arndt, was sagen Sie nun zum Arbeitsbeschaffungsprogramm? Was sagen Sie zu diesen feigen Methoden?

Wir sind überzeugt, daß vielleicht 60 und noch mehr arbeitslose und eheliche Familienkämpfer bei diesem 2. Bauabschnitt der Zalsperre Lehmühle vom Unternehmer mit Unterstützung kommunistischer Parteien und Demagogen auf das Straßengäßchen fliegen, wenn sie sich für die Befreiung der Arbeiter einsetzen. Die offene Wahrgeldung erfolgte nur, weil der kommunistische Abgeordnete Siegel zu den Arbeitern sprach und die Arbeiter unter die Proleten brachte. Das war unangenehm.

Noch ungeheuerlicher wurde dieses Verhalten der Sozialdemokraten, wenn es zutrifft, was einige Arbeiter behaupten, nämlich, daß Jenisch mit dem „aktionären“ Oberingenieur von Döbnerhoff u. Widmann sich nach dem Landtage begeben habe. Wir zweifeln nicht daran.

Die Arbeiter der Lehmühle werden diesem feigen und rechtswidrigen Verhalten geben, ihn mit Beratung strafen und selbst arbeiten im Interesse einer revolutionären Bewegung und der Einheit des Proletariats.

### SPD-Wahlerfolg in Bommern

In Leopoldsdorfen, einer Gemeinde mit 1000 Einwohnern, im Kreise Anklam (Pommern), fand am 20. Juli eine neue Gemeindevertreterwahl statt. Folgende Stimmen wurden abgegeben:

	1929	1928
Kommunistische Partei	85 (2)	42 (1)
Sozialdemokratische Partei	145 (3)	157 (3)
Bürgerliste	63 (1)	76 (1)
Kleinrentner	97 (2)	85 (2)
Wirtschaftspartei	39 (1)	41 (1)
Christl.-Soz. Arbeitsgemeinsh.	52 (1)	31 (0)

(Die Ziffer in Klammern gibt die Zahl der Mandate an.) Das Wahlergebnis zeigt eine Verdoppelung der Stimmenzahl der Liste der Kommunistischen Partei. Durch die Verdoppelung und durch größere Wahlbeteiligung verlor die SPD ein Mandat. Die Wirtschaftspartei verlor ein Mandat an die Christlich-Soziale Arbeitsgemeinsh. Die Christlich-Soziale Arbeitsgemeinsh. markierte bei den Gemeindevertreterwahlen 1929 unter dem Kennwort „Grundbesitzer“ auf und erhielt bei Hugenberg-Nichtwahl.

Diese Stichprobe in Bommern zeigt, daß die Kommunistische Partei bei den Reichstagswahlen auch in ländlichen Gebieten mit einem großen Erfolg rechnen kann, wenn jeder halberwerbende Arbeiter bei der Aufrüstung und politischen Aufrüstung der breitesten Massen der Werttätigen mithilft.

### Die Auslegung der Stimmlisten

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmzettel für die Reichstagswahlen am 24. bis 31. August 1930 auszulegen sind.

Wetterausichten. Teils mäßig, teils aufheisend, teils teilw. trockenes Wetter. Tagüber gemäßigtes warm. In höheren Gebirgszonen ab Temperatur kühl bis gemäßig. In wieweg mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

## Justiz der Republik als Hitler-Agentur

Prozessbeginn gegen Arbeiter von Bodau-Lengefeld

Freiberg, den 21. Juli.

Heute begann der Prozeß gegen 12 Arbeiter aus Bodau-Lengefeld wegen „Hausfriedensbruches und schwerer Körperverletzung“ vor dem Großen Schöffengericht in Freiberg. Der Anklage liegen die Heberfälle der faschistischen SA-Leute auf die Arbeiter von Bodau-Lengefeld in den Verlesungen am 12. und 11. Dezember 1929 in Lengefeld und Bodau, in denen angeblich der Kampf gegen den Youngplan behandelt werden sollte, zugrunde. Die schwerbewaffneten SA-Leute überfielen die Arbeiter mit ihren Revolvern, und die niedergeschlagenen Arbeiter, die sich selbstverwundlich gegen die Mordelegten zur Wehr setzten, sollen jetzt von der Klassenjustiz abgeurteilt werden.

So wird demantiert, daß faschistisch: Mordelegten in der Hindenburg-Republik zu ihrer Blutarbeit aufgemuntert werden.

Die Durchführung der Youngpolitik legt die Niederdrückung der Arbeiterklasse voraus. Hitler und die Klassenjustiz — das bemeistert hier Prozeß wieder einmal — haben sich zu diesem „nationalen“ Ziel verbündet. Sie werden sich irren. Das Volkswort wird allen zum Trost den Youngplan zerreißen.

(Schließlichen Bericht bringen wir noch.)

### Blauerer Nazis als Streifbrecher Rechte der Youngkapitalisten!

Blauen, den 22. Juli.

In Blauen ist bekanntlich die Romag-Belegschaft gegen eine 15 bis 20prozentige Lohnkürzung in den Streit geraten. Unter Führung des nationalsozialistischen Stadtratschaden Koch leisten jetzt die Nazis Streikbrucharbeit. So führen sie den „Kampf“ gegen Youngplanlasten, gegen die kapitalistischen Ausbeuter. Ihr Programmpunkt der deutschen „Blute- und Rassenreinheit“ äußert sich in wachsenden Dimensionen für die sächsischen Metallindustriellen, in 20prozentiger Lohnkürzung für die Proleten. Damit diese „Rassengemeinschaft“ für den Kapitalisten gesichert bleibt, leisten die Nazis Streikbrucharbeit.

### „Jüdische Bestechungsgelder“

Hitlers „Völkischer Beobachter“ bringt heute unter der Überschrift „Die jüdischen Bestechungsgelder der Kommunistischen Partei“ eine Mitteilung aus Gelsenkirchen, wonach ein gewisser Gustav Hammer erklärt habe, die kommunistische Presse des Ruhrgebietes wäre von jüdischen Kapitalisten finanziert. Wie wir Hitler vor wenigen Tagen wegen Veröffentlichung eines angeblichen SPD-Rundschreibens einen notariellen Dokumentenfälscher und Lügner nannten, so erklären wir hinsichtlich der neuen Fälschung daselbe.

Wer der Anwalt des Geldblats ist, zeigt die jüdische Streikbrucharbeit in Blauen. Wer der Anwalt des jüdischen Geldblats ist, zeigt die auf Befehl Hitlers eingeleitete Hege gegen den jüdischen Bankkönig Goldblat. Die iname Kommunisten-

hege Hitlers verfolgt den Zweck, den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten abzulösen durch einen Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter.

### Mit dem Schlachtbeil fürs „Dritte Reich“

Die Presse berichtet von einer polizeilichen Durchsuchung eines Berliner Nazi-Autos, das sich auf der Werkschicht nach Bernau befand. Es wurden gefunden: 1 Beil, 9 scharfe Schlachtermesser, 6 Küchenmesser, 1 Dolch, 2 Schlagringe, 1 Totschlagger. — Wie man sieht, waren die Nazis auf ihrer Werkschicht mit tödlichen Argumenten ausgerüstet.

### Nazikampf um Rassenbücher

Das sächsische Straker-Organ von heute morgen berichtet über eine Stuttgarter Straker-Versammlung, in der plötzlich faschistische Sprengtrupps der Hitler-Partei eindringen und einen Heberfall verüben. Die Rassenbücher und zum Teil auch die Akten seien von den Hitler-Leuten entwendet worden.

### Arbeiterportier von Nazis ermordet

In Koblenz am Rhein promotierten Nationalsozialisten einen Trupp Arbeiter. Während des Wortwechsels zog der Führer viele plötzlich einen langen Dolch und stieß ihn dem vollkommen unbewußten Arbeiterportier Müller in den Unterleib. Der Schwerverletzte mußte sofort ins Koblenzer Krankenhaus übergeführt werden. Es konnte ihm jedoch nicht mehr geholfen werden, da durch den Stich die Leber in einer Tiefe von 6 Zentimeter aufgeschnitten war und der Tod durch Verblutung eintrat.

Damit ist die Liste der von den Nationalsozialisten ermordeten Arbeiter um ein Opfer erweitert worden. In dem bevorstehenden Wahlkampf werden die Hitlerbanditen ihren Terror zu verhängen suchen. Die revolutionäre Arbeiterkassette wird ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

### Die Hugenberg-Ableger

Berlin, den 22. Juli.

Die verschiedenen Rechtsparteien und Gruppen bemühen sich, um im Wahlkampf halbwegs gut abzukommen, durch gemeinsame Wahlzettel und Wählerverbindungen zu einem einheitlichen Wählerkampf zu kommen. So hat die vorkommunistische Vereinigung als Spitzenkandidaten Treptanus und Lindner-Wildau aufgestellt und im übrigen beschlossen, im Interesse der Sammlung aller rechtsstehenden Gruppen die weiteren Pläne der Gruppen einweisen noch offen zu lassen.

Das Blatt der Berliner Finanzmänner, die Berliner Börsenzeitung, schreibt:

„Die am Freitag letzter Woche eingeleiteten Verhandlungen stehen gütlich. Sie werden fortgesetzt und voraussichtlich noch Mitte dieser Woche abgeschlossen.“

Außerdem berichtet ein Teil der bürgerlich-demokratischen Presse, daß Westarp an eine Sammlung aller bisherigen Voten der rechtsstehenden Parteien zum gemeinsamen Vorgehen im Wahlkampf denkt.

## Antibolschewistischer Wahlschwindel

Berlin, den 22. Juli.

Bei der „Deruta“, einer gemischt deutsch-jüdischen Gesellschaft in Hamburg, ist ein Somersbürger Ehepaar angeheilt. Bei ihm in Hamburg lebt sein 18-jähriger Sohn. Es soll überall vorkommen, daß Vater und Sohn sich nicht vertragen können. Es hat Differenzen mit seinem Sohn und verjagt ihn aus seinem Hause. Der junge Somersbürger wandte sich an Rußland, erhielt einen Paß und fuhr in seine Heimat zurück. Nebenbei gelang, ihm in der Somersunion mit 18 Jahren volljährig.

Das ist die ganz alltägliche Geschichte. Das sozialdemokratische Hamburger Echo macht aus dem Streit zwischen Vater und Sohn eine iname Verleumdung. Es sei in Abwesenheit „zum Tode verurteilt“. Weil man den Vater nicht bekommen konnte, habe der Kanzleisekretär Schmidt von der „Deruta“ den Sohn auf ein sowjetrussisches Schiff gelockt, damit der Sohn als „Geisel“ für seinen Vater festgehalten wird.

Die deutschnationalen Hamburger Nachrichten greifen den SPD-Schwindel mit Donnergeräuschen auf und schwindeln über eine G.P.U.-Kette, die in Hamburg tätig sei. Sozialdemokraten und Deutschnationalen merken sich die Fälle zu. So macht dieser antibolschewistische Kuchen die Kunde durch die ganze Welt.

Die Pressestelle der Sowjetmacht der UdSSR stellt zu der ganzen Geschichte fest, daß 1. Es nicht in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, daß 2. der Sohn nicht verlockt und daß 3. die Hamburger Behörden über alle Tatsachen informiert sind.

Dieser Schwindel, der von dem bürgerlich-sozialdemokratischen Presseapparat mit schamlosem Behagen verbreitet wird, gibt eine gute Illustration dafür ab, wie fruchtlos in den nächsten Wochen gelogen wird, um die Wähler-

massen zu verwirren. Dielem Treiben wird seitens aller Halberbenühten Arbeiter mit der größten Energie begegnet werden.

### Sie regieren mit Hunger und Klassenjustiz

9 1/2 Jahre Gefängnis für 17 Arbeiter

Die Vorg. e am 6. März in Leuchern standen in Form einer Anklage wegen Landfriedensbruchs gegen 17 Arbeiter vor dem Kassengericht in Weiskens zur Verhandlung. Die Polizei, die wie wild bei dieser Erwerbslosendemonstration auf die Arbeiter niederknüppelte, und der sozialdemokratische Bürgermeister Schuler liierten der Klassenjustiz das notwendige Beweismaterial, um ein barbarisches Urteil zu fällen. Die Arbeiter wurden zu insgesamt 9 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der revolutionäre Kampfgeist der Arbeiter unter deren Führung die hungernden Proleten am 6. März aufmarchierten, wird auch in den Reikern der Republik nicht gebrochen, sondern gestählt werden.

### Parlament zum Teufel gejagt

Dieses Mal nicht Brüning, sondern MacDonald

Kairo, den 20. Juli.

Nach den neuesten Meldungen, die noch nicht bestimmt sind, sollen 18 Personen getötet und 250 verletzt sein. Man befürchtet, daß es in der folgenden Nacht zu schweren Straßenkämpfen gekommen ist. Auch aus der Provinz werden starke Unruhen gemeldet. In Suva und Port Said trafen Soldaten ein. Die Parlamentswache wurde durch ein hartes Militärausgebot von 500 Mann mit Gewalt entfernt. Die Kammer der Abgeordneten wurde aufgehoben.



Massenaufmarsch am 1. August zur Verteidigung der Sowjetmacht!

# Die Stadt ohne Arbeitslose

Ein bürgerlicher Journalist über das bolschewistische Moskau

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 20. Juli veröffentlicht unter der Überschrift „Die Stadt ohne Arbeitslose“ einen Bericht ihres Moskauer Korrespondenten B. B. über das neue Leben in der Hauptstadt der Sowjetunion. Dieser anschauliche Bericht eines gewöhnlichen, unerbäulichen Kronegenen, der aus eigener Anschauung schildert, widerlegt schlagend den Wust von Lügen, Verleumdungen und Schuermärchen, die vor allem von der sozialdemokratischen Presse trotz aller Widerlegungen immer wieder mit eiserner Stirn in die Welt gesetzt werden. Wir bringen im folgenden den Bericht der „Frankfurter Zeitung“ unseren Lesern mit einigen sachlich unbedeutenden Kürzungen zur Kenntnis:

Alle Straßen sind aufgerissen, an jeder Ecke wird gebaut, Wohnungsbau und Hochhäuser, Fabriken und Wohnungen. Diese Bauten sind hier von besonderer Art; denn es wird in Moskau durchgänglich kein Stein auf dem anderen gelassen, der nicht in dem Fünfjahresplan verzeichnet wäre, und davon wieder hat die Definitivität durch die schwer vorstellbare Publizität dieses Planes eine solche Kenntnis, daß es die Stadt selber zu sein scheint, welche sich hier aufbaut. Der Plan hat noch viele Wirkungen, er erscheint in jeder Zeitung, jeder Zeitschrift, im Kino wie im Theater und mit der jündlich fortschreitenden Zeit aber auch fortwährenden Entwicklung der Wirtschaft und die unanfechtliche Verbesserung des Lebens und der Verhältnisse. An den Haltestellen der Autobusse stehen eben so wie vor den Lebensmittelgeschäften endlose Schlangen von Wartenden. Man sieht sie zuerst erschaut und betroffen und hat sich nach zwei Tagen an diesen Anblick gewöhnt. Denn es geschieht hier nichts, was unbedeutend und ohne Bedeutung wäre und man erkennt bereits in dieser kurzen Zeit, daß die Bevölkerung Moskaus dieser Art bewußt auf sich nimmt, um sie eben so bemüht zu verbessern. Ueberhaupt verliert hier der einzelne wie die Einzelercheinung an besonderem Wert.

## Die Stadt des Proletariats

Die ganze Stadt — Moskau hat zweieinhalb Millionen Einwohner — ist proletarisch. Immer sind die Straßen und Gehsteige mit den Theater, Restaurants, Kinos, Parks überfüllt, immer von Arbeitern, Arbeiterinnen, einigen Intellektuellen, welche ebenfalls proletarisch gekleidet sind, oder russisch und den wenigen Ausländern, die man sofort erkennt. Man muß es leicht zu schreiben, daß die Vorübergehenden einen unruhigen Eindruck machen; es wäre falsch, sie kleiden sich anders als wir, nämlich gleichgültig. Jeder trägt, was er hat und wie er es hat. Die Folge ist, daß man in dieser Stadt keinen Menschen auf der Straße sieht, Gestirte, Augen, Körperformen, Individualitäten, und man erinnert sich eher, wie sehr bei uns die Mode und Eleganz nivellierten, indem sie die Menschen gleichförmig machen und die Augen des einzelnen stumpf.

Früher habe ich auf vielen Straßen die Vorübergehenden betrachtet. Die Lebensmittel sind knapp, die Wohnungsverhältnisse noch sehr schlecht, das Leben im Ganzen ist schwer, aber die Gestirte der Menschen vertragen keinerlei Rückschläge und wenn man an andere europäische Arbeiterstädte denkt, muß man um der Wahrheit willen sagen, daß hier bedeutend lebensfähiger dreingeschaut wird. Die gesamte Vergnügungsindustrie fehlt, die Theater sind eher revolutionär, pädagogisch (oft primitiv), die Kinos ebenfalls, Konzerte und Kaffeehäuser gibt es nicht, und die schlechten Restaurants betritt man nur, weil man eben einen ruhigen Ort suchen möchte, um sich zu unterhalten. Es ist nichts Neues in Moskau, gar nichts, aber ich kenne neun Zehntel aller europäischen Hauptstädte und keine ist interessanter. . . .

## Kein Zweifel an den Sieg

Die ganze Kraft des Landes geht in den Fünfjahresplan. Fabriken müssen entstehen, Maschinenfabriken, Getreidefabriken, das ist wichtig, alles andere kommt erst in zweiter Linie und wird entsprechend behandelt. Und jeder Versuch von außen, sozusagen von einem anderen Standpunkt, einem bürgerlichen, westeuropäischen, hier zu kritisieren, ist von vornherein aussichtslos. Er trifft vorbei.

Darum haben es die zahllosen apostolischen Amerikaner, welche als Techniker und Ingenieure Rußland und Moskau bevölkern, so leicht, sich ihre ungetriebene Begeisterung für den gewaltigen Aufbau zu erhalten, an dem sie hier mitarbeiten. Sie merken nur den Aufbau, während der politisch, innenpolitisch längst gemachte Europäer auf die unererbte, revolutionäre Macht starrt, welche hier die Folge jeder scheinbar noch so unpolitischen Handlungsweise ist. Dagegen aber alle Europäer diese Tatsache erkennen, wird man in Moskau vergebens einen suchen, der an der Stabilität und der fortschreitenden Entwicklung des bolschewistischen Systems zweifelt.

# Blutige Straßenkämpfe in Kairo

Ernfte Lage — Massendemonstrationen — Viele Demonstranten getötet Die Kämpfe dauern an

Kairo, 21. Juli. Die Lage in Ägypten hat sich in den letzten 24 Stunden außerordentlich zuspiziert. Heute vormittag hatten sich infolge des Beschlusses der Wafd-Partei, sich Eintritt in das aufgelöste Parlament zu erlauben, große Menschenmassen in den Straßen der Stadt angesammelt. Demonstrationen durchziehen die Hauptstraßen. Die Regierung hat ein starkes Polizeimilitärangebot gegen die Demonstranten eingesetzt. Wegen Mittag kam es zu regelrechten Straßenkämpfen mit der Polizei, die in die Massen feuerte. Viele Demonstranten wurden getötet. Die Kämpfe dauern noch an. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, daß die Massen in Ägypten über die schwankende Wafd-Partei hinweg zum bewußten, konsequenten Kampf gegen den englischen Imperialismus und die willkürliche Regierung in Ägypten drängen.

## Massensturm in Frankreich

Der Kampf gegen das Sozialversicherungsgezet

Paris, 21. Juli. Die Streikbewegung gegen die Einbehaltung der Arbeiterbeiträge zur „Sozialversicherung“ vom Arbeitslohn hat auf K o u b a i z übergriffen, wo am Freitag zunächst 10000 Textilarbeiter in Streik traten, deren Zahl am Sonntag auf 50000 anstieg. Am Sonntag demonstrierten in K o u b a i z 15 000 Textilarbeiter gegen das „Sozialversicherungsgezet“ und die dadurch in Kraft gesetzte Abziehung der Beiträge der Arbeiterbeiträge von den Löhnen.

Unter dem Druck der von der kommunistischen Partei Frankreichs und dem revolutionären Gewerkschaftsbund geleiteten Massenbewegung haben die lokalen Führer der reformistischen Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen dieses Gezet aufgefordert, das die Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern als „große soziale Errungenschaft“ anpriesen.

## Französische Arbeiter mit uns gegen Brüning-Diktatur

Paris, 20. Juli 1930. Das Zentralkomitee der KP Frankreichs richtete folgende Solidaritätskundgebung an die kommunistische Partei Deutschlands:

„Die kommunistische Partei Frankreichs verfolgt auf das aufmerksamste die politischen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Deutschland abspielen, sowie auch den mutigen Kampf des deutschen Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Die KP Frankreichs wird all ihre Kräfte aufbieten, um der französischen Arbeiterklasse die Bedeutung dieses Kampfes klarzulegen und die KP Deutschlands in ihrem Kampfe zu unterstützen. Die KP Frankreichs solidarisiert sich voll und ganz mit der KP Deutschlands und dem deutschen Proletariat.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und der Kampf gegen die kapitalistische Diktatur!  
Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!  
Es lebe die Diktatur des Proletariats!“

## Wieder drei Todesurteile in Indochina

Paris, 21. Juli. In Saigon wurden am Sonnabend 44 Aufrührer verurteilt, die der kommunistischen Partei angehören. Zwei der Angeklagten wurden zum Tode, vier zur Zwangsarbeit, 32 zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

## Neue Antifowjetheze mit gefälschten Dokumenten

Newport, 21. Juli. Der frühere Newporter Polizeichef Grover Whalen legte dem hier tagenden parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung der kommunistischen Propaganda in den Vereinigten Staaten die schon früher vielerorts photographischen Kopien von Dokumenten vor, die, wie er sagte, bewiesen, daß die Sowjetunion durch ihre Newporter Handelsvertretung, des Amtorg, Propaganda in den Vereinigten Staaten betreibt. Gegenüber der Behauptung der Amtorg, daß die Dokumente Fälschungen seien, erwiderte Whalen, er könne den Nachweis erbringen, daß die Dokumente Abschriften von „Originalen“ seien, die sich in Moskau befinden. Da jedoch ein öffentlicher Nachweis das Leben derer gefährden könne, die die Dokumente aus den Akten des Amtorg entwendet hätten(!), so könne er den Beweis nur in geheimer Verhandlung (!) erbringen.

Die Hitze, die zur Zeit die Atlantikküste und den mittleren Westen der Vereinigten Staaten heimsucht, hat am Sonntag besonders hohe Temperaturen gemittelt. In Newport wurden 36 Grad, in Richmond im Staate Virginia sogar 42 Grad Celsius im Schatten gemessen.

„Gott gäbe, wir hätten viele solcher Tölkinnen.“

### Unter Kommunisten

Ich entschloß mich, der Tölkina zu folgen, verließ Iwan Petrowitsch die Wohnung der Gräfin. Das Gespräch mit ihr und dem General Grigorjew hinterließ einen unangenehmen Nachschmack in ihm. Das Jammer der Gräfin um ihren verstorbenen Herz, das böse Feuer in den Augen des Generals zwangen ihn zum Nachdenken.

Eine Kultur, von vielen Generationen geschaffen, ging unter, ein Ideal, dem die Menschheit entgegenreichte, ließ sie zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen war. Sollte verwirrt werden; ein Volk sollte aus jahrhundertlangem Joch erlöst und aus den Händen neuer Wurzelpoten befreit werden — und diese Menschen sitzen da und jammer um ihr bürgerliches Hab und Gut und ihre gekränkte Eitelkeit. Sie würden alle ihre Ueberzeugungen über Bord werfen, sie verkaufen, wenn ihnen die Bolschewiki ihren früheren Wohlstand und ihr bequemes Leben wiedergäben würden. Es war schwer, mit Menschen zusammenzuarbeiten zu müssen, deren Wesensart einem so fremd war. Aber mit wem sollte man sonst zusammengehen? Man mußte eben seine Gefühle und Gedanken vor diesen Leuten verbergen. Sie waren die einzigen, die gegen die Bolschewiki kämpften, deshalb mußte man sich leicht mit ihnen verbünden. Später aber . . .

Der Frost in den Straßen brannte fast. Iwan Petrowitsch ging eilig, um wärmer zu werden, vielleicht auch, um die aufgeregten Gedanken zu verlagern. Soviel stand fest: Diese reaktionäre Bande wird uns noch viel zu schaffen machen, wenn wir die Bolschewiki niedergelungen haben. Das ist aber sicher: die Demokratie bleibt. Nikolai ist von den Bolschewiki ermordet worden, daran laten sie recht.

Ein hellerleuchtetes Haus hob sich scharf aus der Dunkelheit der Straße. Vor dem Gebäude stand eine starke Wache, die jeden Eintretenden scharf kontrollierte.

Gleich den anderen schob er sich rasch durch die Tür, nachdem er etwas hastig sein Parteibuch vorgezeigt hatte. Von den vielen Menschen wurde man fast die Treppe hinaufgehoben. Vor der Saalür mußte man sich registrieren lassen. Der Genosse an der Tür nahm Iwan Petrowitschs Parteibuch.

(Fortsetzung folgt.)



Copyright des Internationalen Arbeiterbundes, Berlin.

### 19. Fortsetzung.

Iwan Petrowitsch betrachtete die scharfen nervösen Züge des Generals.

Grigorjew sprach weiter: „Wenn ich nur an der Tür dieses „Kommunisten“ vorbeigehe und die Aufschrift lese: „Unangenehm ist der Eintritt verboten“ und womöglich selbst warten muß, bis es ihm genehm ist, mich zu empfangen, so könnte ich ihn mit meinen Händen erdrosseln!“

Seine Augen flackerten grünlich. Iwan Petrowitsch fühlte eine seltsame Kühle und Fremdheit zwischen sich und diesem furchtenden General. Alles in ihm sträubte sich gegen diesen Menschen. Er hand aus, trat aus dem Lichtkreis um den Tisch.

Wolfska Petrowna sah am Ofen, etwas abseits von den beiden Männern. Sie hatte sich an dem Gespräch nicht beteiligt, war wortlos von Zeit zu Zeit ein Stück Holz in die Flamme, die dann hell aufblühte. Iwan Petrowitsch sah, wie sich zwei Tränen von ihren Wimpern lösten und langsam über ihre bleichen Wangen rannten.

Im Zimmer herrschte jetzt Stille. Iwan Petrowitsch fühlte sich plötzlich ebenso einsam und benagt wie in der fiktivenen Hauptstadt, als er sich fragte, wer er eigentlich sei. Was hatte er mit diesen Menschen gemein, er ein ehemaliger Sozialdemokrat, letzter Sozialrevolutionär, jedenfalls ein Sozialist.

Wolfska Petrowna sagte zu Iwan Petrowitsch gewandt: „Wie werde ich den erlöschenden Herz in meinem Hause verbergen, meinen Schmutz, in dem ich mit meinem Petja vor dem Star gekauert habe. Alles haben sie mit genommen! Und ich werde mit allen meinen Kräften gegen die Bolschewiki kämpfen.“

Man mußte ihr Zeit lassen, sich zu beruhigen. Dann nahm

Grigorjew wieder das Wort: „Heute abend findet eine nur den Kommunisten zugängliche Versammlung statt. Selbst Kandidaten der Partei werden nicht zugelassen. Wer kann wissen, wozu sie diese Versammlung einberufen haben, vielleicht, um uns alle abzuschlachten.“

Die Gräfin ergänzte: „Ober um uns Frauen zu sozialisieren. Außerdem hätte ich von einem „Genossen“, daß in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vorgenommen werden sollen. Es ist möglich, daß man auch zu uns kommen wird, die Betten durchwühlen und mich aus dem Bett, vor den Kommissaren, herauszerren wird.“

Iwan Petrowitsch fühlte, daß er jetzt etwas sagen mußte: „Nur keine Panik. Mit bloßer Wut werden wir nichts ausrichten. Kämpfen muß man, kämpfen und immer wieder kämpfen, in ihre Organisationen einbringen, immer auf dem Laufenden sein, was sie vorhaben und den Mut nicht sinken lassen!“

Er bekam keine Antwort.

„Ich gehe auf die kommunistische Versammlung“, — fügte er noch hinzu.

„Was?“

„Zunächst. Ich habe ein Parteibuch, ich gehe in die Versammlung. Man muß erfahren, wie es bei ihnen steht.“

„Sie können aber auf der Stelle erschossen werden.“

„Ich gehöre nicht zu den Tölkinnen. Als ich mich durch die Grenze schmuggeln mußte, war mein Leben jeden Augenblick in Gefahr. Ich jahre nach Moskau, um eine Arbeit zu tun, für die ich jeden Augenblick von den Bolschewiki erschossen werden kann. Früher oder später — es ist gleich. Jetzt heißt es kämpfen und nicht mit ohnmächtigem Huh hinter dem Ofen sitzen!“

Er zog seinen rechteckigen Bauernumarmel an und fragte spöttisch: „Dieser Dreß wird wohl für das Publikum gut genug sein?“

„Ja, ausgezeichnet. Aber denken Sie daran, was ich Ihnen gesagt habe.“

„Ich besitze ein Parteibuch und habe nichts zu befürchten.“

„Nun, dann gehen Sie in Gottes Namen. Sie werden sich dort registrieren lassen müssen. Sie müssen den Namen Ihres Rabons wissen.“

Iwan Petrowitsch schüttelte sich die große Pezmütze auf den Kopf und ging.

Wolfska Petrowna und General Grigorjew sahen sich an: „Was sagen Sie zu dieser Tölkigkeit!“



Dresden-A.

Schuh-Oesterich DAS BILLIGE SCHUHHAUS DRESDENS

Cigarren von Willi Reutner Kauf bei mir! sind viel besser und bedeutend billiger! 6% Dresden, Annenstr. 39 ... 6% Pirna, Schönerbergstr. 2 ...

Emil Gemeinhardt Lebensmittel, Nudeln, Naffaroni, Honig, Kaffee, 6 Prozent Rabatt ... BUTTER GEGRÜNDET 1907

Hausfrauen! seid praktisch und schlau kauf in den Geschäften von E. & V. 6% Rabatt Ein- u. Verkaufverein Dresden Kolonialwaren- und Produktenhändler e. G. m. b. H.

Hausfrauen verlangt in Geschäften aller Branchen nur die Rabattmarke des Allgemeinen Rabatt-Sparvereins Groß-Dresden (E. V.)

„Aidler“ und „Orga“ sind Schreibmaschinen für jeden Gebrauch

Einkehrstube im Südviertel Baake Max, Ostbahnsirafte 8

Photo-Schönfeldt Amalienstraße 10

Offenbacher Lederwaren Amalienstraße 24

Oscar Ziegenbalg Kaffee-Rösterer Annenstr. Ecke Sternplatz

Reunion Cigaretten Edle Gela

Strümpfe, Trikotasen, Wäsche Nähartikel

Margarate Petrich Uhlandstraße 19

Musikinstrumente A. Lorenz

Auf Kredit Möbel / Wäsche / Herren- und Damenkonfektion / Schulwaren / Federbetten

Mk. 500 Belohnung Garantieschein

Soler-Wein-Großhandlung

MÖBEL komplett-Einrichtungen, Einzelmöbel

Vervielfältigungs-Apparate

Arthur Hessel Kreuzstraße 6 / Telefon 23830

Gummiwaren, Verbandstoffe, Notverbandkästen, Inkontinenzapparate, Krankenfahrstühle, Nachstühle

Stadtbekanntes, bill. Bezugsquelle sämtl. Kolonialwar.

MOEBEL von Briesnitzer - Möbel - Richter

Brüder-Drogerie Große Brüdergasse 18

Wäsche-Rämisches Wollwäsch- u. Küchenwäsche, Isotex u. Bettdecken

Das echte Kulmbacher Bierhaus

Alt-Gaßmeyer Die führende bayr. Bierstube Dresden, nur Schloßstr. 21

Lebensmittel-Geschäft Paul Dierich

Leinen-, Baumwoll- u. Belfederhaus, Belfeder-Reinigung

Oskar Fröhner Freiberger Platz, Fernruf 27592, Gegr. 1868

Photographische Großhandlung K. Hentschel

Handelshaus für Nahrungsmittel

Drogerie Hermann Roch Altmarkt 5

Butter-Spezialgeschäft Kurt Moh, Falkenstr. 7

Ein Paket feines, garantiert reines Salmiak-Terpentin Seifenpulver

Zoologische u. Zierfisch-Handlung Herbert Hübner

Hermann Heppner Spezialfabrik für Makronen

E. G. Schwertner Spezialgeschäft Farben, Lacke, Pinsel

Die kleine Bohne, C' Reserviert

Motorräder Generalvertretung für Standard, Tornax, Windhoff, Mabeco, Opel

Tuchhaus Pörschel Dresden-Altstadt, Ruf 13725, Scheffelstraße 21

Herren-Damen-Futter-Stoffe Gute Maßschneider werden nachgewiesen

Drogerie B. Wüning Jahnstraße 1

J. Brendel, Neue Gasse 48

Sanitätshaus Frauenhilfe 16 Pillnitzer Straße 16

Gebr. Berthold / Dampfärberel

Hausfrauen kauft Braune'sches Brot

Brotfabrik Gebr. Braune, G.m.b.H.

Zigarren, Zigaretten, Tabake

Hermann Gruber Annenstr. 14 / Annenstr. 9

Härtlugs Drogerie Rosenstraße 24 und 47

Auf Teilzahlung am günstigsten bei WECEGE

Sie können darauf warten! Original Amerikan. Express-Schuhreparaturen

Leonhard Kreß Dresden-A., Grunaer Straße 31

Haunstein Nacht, Wiedner Eisenwarenhandlung

Trinkt MERKUR-KAFFEE

Franz Elström Lacke / Farben Spezialgeschäft

Feuerwerk, Wachsackeln

Konditorei und Feinbäckerei Alfred Beger

Bürgerkasino Täglich Konzert und Kabarett-Vorstellung

Lebensmittel - Obst - Süßwaren

Alles staunt über unsere Angebote in Herrenbekleidung

Joseph Jurasko Freiburger Platz 24

Moritz Richter Herren- und Damen-Frisiersalon

Tuchhandlung Curt Müller & Co.

Rezeptions Nr. 22

Reifen- u. Koffert-Handlung Dresden - Glauch

J. M. Schmidt & Co. Neumarkt 12

Spezial-Geschäft für Wandern, Kletter- und Winter-Sport

? Wenn's keiner macht? Oswald Machts!

Möbel aller Art

Haunstein Nacht, Wiedner Eisenwarenhandlung

Kauf bei unseren Inserenten!



An die Armeen Europas!

Von Erich Weinert

Genossen, Tommys und Polus, Was habt ihr zu erben, Soldaten? Nur den Schieber in London, Berlin, Paris Als Hellden zu sterben, Soldaten?

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Tatü-tata zum neuen Krieg

Die Reichswehr marschiert - Die braune Pest lauscht

Vor der Reichswehrlagere sieht ein bunter Menschenhaufen Jünglinge mit Gefekraus und Wollmangel auf der schmalen Brust, Geisse mit weissen Käften und den schwarzen

"Schöne Musik!" bemerkt eine alte Jungfer und bemüht sich angestrengt, Schritte zu halten. Ein vollaufgezierter Spieler, Stahlhelm auf dem Kopfaufsatz, wuchtet sich die Schmelzperlen von der Stirn, wirft den Spazierstock über die Schulter und summt entzückt, wacker ausschreitend, den Grenadiermarsch mit.

Dresdner Arbeiter vorm Klassenrecht

Morgen beginnt vor dem Gemeinamen Schöffengericht Dresden der Prozeß gegen neun des Ueberfalls auf Nationalsozialisten angeklagte Arbeiter. Ueber die Verhandlungen, die

Morgen Rote-Hilfe-Rundgebung gegen Terror und Rote-Loge-Schwindel

Eine große Rundgebung gegen die Taktischhände von Dresden, gegen den Prozeß der neun des Ueberfalls auf Nationalsozialisten angeklagten Arbeiter, gegen den Schwindel vom Weitehen des

Grund: Arbeitslosigkeit!

In dem gestern gemeldeten Selbstmord eines Ehepaares stehen wir, daß der Grund zur Tat in längerer Arbeitslosigkeit des jungen Mannes zu suchen ist.

Proletarierfrau abgestürzt

Am Montag gegen 10.15 Uhr ist die 58 Jahre alte, verheiratete Frau beim Feuertropfen aus dem zweiten Stockwerk des Gebäudes Herzogstraße 12 in den gepflasterten Hof gefallen.

Um das Flugzeugunglück bei Schkopau

Zu den von uns über das Flugzeugunglück bei Schkopau veröffentlichten Notizen bittet die Akademische Fliegergruppe Dresden um Berücksichtigung folgender Zeiten:

Vorsicht beim Kauf von Hackfleisch

Der Genuß von Hackfleisch, Klopsfleisch, Würstchen, Bratens in der warmen Jahreszeit, ist mit Gefahr für die Gesundheit verbunden, wenn das Hackfleisch nicht frisch zubereitet war.

Kindertwanderung der Internationalen Arbeiterhilfe!

Vom Mittwoch früh 8.45 Uhr treffen sich alle Kinder, die mit uns fahren, auf dem Platz am "Gambinius". Nachher wird in Höhe von 20 Pfennigen und etwas Proviant ist mitzunehmen.

Legendenplapperer am Wettinerplatz

Erst plumpe Rußlandbege - jetzt eine plumpe und nichtsfagende "Berichtigung"

Es ist kein Schmutz Wagner, der Leitartikel über den "Künftigen" läßt uns auf die Erwiderung, die wir auf Grund der internationalen Denkschriften in unserer Demonstration

Nach dem zweiten Jahr der Durchführung des Fünfjahresplanes lassen sich die zukünftigen Reultate, wenn auch nur in allgemeinen Konturen, überblicken. Es zeigt sich immer mehr, daß die absoluten Ziffern des Fünfjahresplanes nichts Unerreichbares sind.

Der Zwinger - ein Zwinger ...

Nummer wird bekanntgemacht, was in gemeinsamer Arbeit zwischen Rat und Regierung zum Schutze des Zwingers beschlossen worden ist. Es werden demnach nachstehende Verkehrsbestimmungen für Zwingerhof und Zwingerwall erlassen:

Der Solidaritätstag für Mansfeld und Nordwest

fürst bestimmt am Sonnabend, dem 26. Juli 1930, Mitt. Nacheres über den Ort geben wir noch bekannt.

Rundfunk

Dienstag den 22. Juli:

18.30-17.00: Werke von Ludwig van Beethoven. 18.05: Frauenfunk: Große Waide. 18.30: Das neue Buch: "Romane von Trauten".

Bürgerliche Ohrfeige für Wagner Zahlen des Fünfjahrplans nicht unerreichbar

Wir hatten das Vergnügen, den Ägnern am Wettinerplatz am vergangenen Donnerstag nachweisen zu dürfen, daß sie mit ihrem Beh jedes Mittel benutzen, um Sowjetrußland zu beschimpfen.



# „Anna Weise gegen Frau Baronin von Feldern!“

oder: „Ja, die vom Adel sind ohne Tadel!“

Arbeitsgericht am Elbaspark. Von den Geschickern der Kläger sprach meistens, soweit sie den „Betrieb“ nicht kennen, noch eine geringe Hoffnung auf ihren Sieg. Sie hoffen und werden noch fester Verbündete an dieser Stelle des Rechts den letzten Glauben an die blinde Justitia los. Arbeitsgericht! Schon der Name jagt es: Gericht über den Arbeiter! Das Dienstmädchen Anna Weise klagte auf 20 Mark rückständigen Lohn gegen die Frau Baronin von Feldern. Derods wängte sich der als Vertreters tätige Vorsitzende das Monatel als unbestreitbares Zeichen seiner Intelligenz ins Auge.

„Sie sind das Dienstmädchen Anna Weise?“ fragte er, ohne aufstehen, die Klägerin. „Für die Beklagte ist wohl Frau Baronin selbst erschienen?“

Herablassend nickte Frau Baronin, vom Vorsitzenden mit einer eleganten Verbeugung begrüßt.

„Ist eine Einigung möglich?“ Frau Baronin schüttelt bei dieser Frage den Kopf. „Nun antwortete Anna: „Sowohl, wenn ich mein Geld bekomme!“

Erstauntes Aufbliden des Vorsitzenden: „Wenn ein Vergleich während kommen soll, muß natürlich jeder etwas nachgeben.“ „Aber ich will doch nur meinen Lohn haben.“ Die Gnädige: „Ich habe die Weise wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Wir hatten eben Gesellschaft und sie weigerte sich, die nötigen Einflüsse zu machen.“

„Stimmt das?“ Is der Kaufmann. Anna: „Ja, das stimmt.“ „Na also, Fräulein, wenn Sie die Arbeit nermelnern, sind Sie in Recht entlassen. Ziehen Sie die Klage zurück.“

Bei diesen Worten nimmt der Vorsitzende bereits das nächste Urteil zur Hand. „Herr Richter, ich hätte Sie bestimmt nicht entlassen, aber 1000, die ganze Gesellschaft slog auf.“ Purpurrot vor Erregung, schüttelte sich heute noch die Frau Baronin.

In aller Ruhe fragte Anna Weise: „Von was sollte ich eigentlich einlaufen? Der Kaufmann borgte nichts mehr, und Frau Baronin gab mir kein Geld.“ „Unangenehm! Derodant unangenehm! Mich auf dem Gesicht des Vorsitzenden, der seinerzeit nun nervös werdend, sich zur Klägerin wendete: „Wer hat denn eigentlich das Loch in die Diwanbank gebrannt?“ Anna: „Ich nicht. Nur die Frau Baronin lag den ganzen Tag auf dem Diwan und rauchte.“ „Allein ist das Loch bestimmt

nicht hineingekommen.“ stellt nun der Vorsitzende mit richterlicher „Logik“ fest.

Anna längt an zu weinen. „Ich mache einen Vergleichsvorschlag, Frau Baronin!“ meine ich, stark nadelnd, der Richter. „Sie lassen von Ihrer Forderung für die Dede 60 Mark nach. Fräulein Weise trägt davon 20 Mark. Dies ist der gerechteste Vergleich, den es gibt.“ „Ich bin einverstanden.“ nicht Frau Baronin. Anna wird nicht gestagt. Der Richter diktiert dem Urlandsbeamten: „Die Klägerin verzichtet auf alles und zieht ihre Klage zurück.“

„Wann kann ich das Geld holen?“ fragte Anna aufatmend. „Fräulein, wenn Sie vor Gericht sind, müssen Sie aufpassen, was verhandelt wird, nun ist es zu spät. Die Verhandlung ist geschlossen. Bitte, Nachseher, rufen Sie die nächste Sache auf!“ Leile weinend geht Anna betaus. Frau Baronin rouscht im Gefühl ihres Sieges hinterher. Ja, ja, wenn man vor Gericht ist, muß man aufpassen...

## Erwerbslose senden ihren Vertreter in den kommunalpolitischen Ausschuß

Am Donnerstag dem 17. Juli nahmen die Erwerbslosen der Stempelstelle Lobau zu der Notverordnung der Brüning-Regierung Stellung. Genosse Martin Schneider mied darauf hin, daß der außerparlamentarische Kampf gegen diese arbeitserleidenden Maßnahmen im Betrieb und auf der Straße geführt werden muß.

Der Van - stonack der KGD am 2. und 3. August in Dresden wird die revolutionären Kräfte im Betrieb und Arbeitsamt aufeinanderzuführen zur Einleitung revolutionärer Kämpfe. Zwei Parteikollegen wurden als Delegierte zum AGD einstimmig gewählt. Um die bessere Zusammenarbeit der Stadtverordnetenfraktion mit den Erwerbslosen zu gewährleisten, wurde einstimmig ein parteiloser Arbeiter für den zu bildenden kommunalen Beirat gewählt.

Auch diese Verklammlung zeigt, daß trotz der schamlosen Hehe und Lüge der SPD die Erwerbslosen hinter der Kommunistischen Partei stehen.

## Verschärfter Kampf gegen die Nazi-Pest

# Was heißt „Nationalsozialismus“

„wird mit dem Tode bestraft... wird mit dem Tode bestraft“

Die bekannte Zeitschrift „Der rote Aufbau“ wendet sich mit einer Rundfrage über den Nationalsozialismus an eine Reihe von Vertriebenen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Eine solche Rundfrage besitzt im Augenblick aktuelle Bedeutung; und weil in dieser Rundfrage eine ganze Reihe von Punkten aufgeführt ist, die auch weiteren Kreisen nicht genau bekannt sein dürften, bringen wir mit Erlaubnis der Redaktion des „Roten Aufbau“ diese Rundfrage im folgenden zum Abdruck. Die Redaktion.

1. In Ihnen bekannt:

Daß die nationalsozialistische Reichsregierung zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Behebung des politischen Lebens Änderungsanträge einbrachte (Reichsdrucksache Nr. 1741 vom 13. März 1930), in denen u. a. geltend wird:

§ 1. Landesverrat wird mit dem Tode bestraft.

§ 2. Wehrverrat (d. h. Belämpfung oder Verungung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufhebung zur Kriegsdienstverweigerung, Fällung der Wehrtauglichkeit usw.) wird mit dem Tode bestraft.

§ 3. Wer öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Kleinbild oder Wirtshaus am Weltkrieg beschuldigt, wird wegen Volksverrat mit dem Tode bestraft.

§ 4. Wirtschaftsverrat wird mit Zuchthaus bestraft. (Nach § 7 in schweren Fällen mit dem Tode.)

§ 5. Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Forderungen fördert (sollte alle Gegner des § 218 des StGB die Red.), oder wer durch Vermittlung durch Angehörige der jüdischen Rassenvereine oder farbigen Rassen zur rassischen Verfalltötung und Vererbung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen draht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.“ (Nach § 7 in schweren Fällen Todesstrafe.)

§ 6. Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden... oder wer die frühere oder jetzige deutsche Wehrmacht oder Abzeichen oder Symbole der Landesverteidigung, insbesondere Ehrenzeichen, Uniformen, Abzeichen, beschimpft, verächtlich macht oder in argersündernde Weise mißhandelt... wird mit Zuchthaus und in besonderen Fällen mit körperlicher Züchtigung bestraft.“

2. In Ihnen bekannt:

Daß die nationalsozialistische Regierung in Thüringen im letzten Etat an den Abgeordneten für die Volksschulen 1.250.000 Mark gestrichen hat, dagegen die Zuwendungen an die Kirche um 1.125.000 Mark vergrößerte?

3. In Ihnen bekannt:

Daß die Nationalsozialisten in Thüringen die Kopfsteuer eingeführt haben?

Daß sie in Koburg, wo sie die Mehrheit haben, sofort Steuererhöhungen durchführten?

Daß sie für die Vergrößerung der Wohnungsnot eintraten, indem sie gegen die Verwendung der Rückflüsse aus der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau stimmten?

4. In Ihnen bekannt:

Daß die Nationalsozialisten gegen das Republikanengesetz stimmten, sich jedoch in Thüringen zur Begründung des Verbots von Arbeiterzeitschriften auf dieses Gesetz bezogen?

Daß in vielen Orten des Reiches nationalsozialistische Banden planmäßig Arbeiterversammlungen und Arbeiterlokale überfallen und terrorisierten, sowie Pogromakte gegen Juden provozierten?

5. In Ihnen fernere bekannt:

Daß Hitler sich gegenüber Hugenberg verpflichtet hat, keine Angriffe mehr gegen Deutschnationale und Stahlhelmer zu richten und keine „Sehe“ mehr gegen die Schwerindustrie zu treiben?

## Etwas von der Dorpmüllerei

Königstein. Im Sommer herrscht in Königstein immer recht reger Fremdenverkehr. Das machen sich einige Ausgetourte zunutze, indem sie auf dem Bahnhof Königstein stehen und die Fremden erwarten, um ihnen Koffer oder Koffer zu tragen. Aber den Erwerbslosen verkleinert man auch noch dies, indem man sie vom Bahnhof vertrieb und ein Plakat andrachte, welches besagt, daß sich niemand unbefugterweise auf dem Bahnhof aufhalten habe und daß die Fremden nicht wegen Gepäcktragens und Zimmervermietens anzufragen seien. Für die Hotelbesitzer ist die Verdienstmöglichkeit ebenfalls sehr in Frage gestellt. Die aber, die die Maßnahmen getroffen haben, sind ja sehr angezählt und haben ein gutes Gedacht. Sie spüten den Hunger der anderen nicht. (M 1628)

## Der Giftkrieg

Arbeiterin, weißt du es schon?

A Sch. Trotz Völkerverbund, trotz Gefahr der Sozialdemokratie: „Die wieder Krieg!“, rüht die ganze kapitalistische Welt ein mächtiges Werk in bester Eile. Von den dort vorgenommenen Versuchen und Arbeiten erzählt die Zeitschrift im Werke nichts, außer dem, was explodiert einmal ein Giftgasanstalt, so wie das im Mai 1928 in Hamburg geschah. Dort explodierte ein Giftgasanstalt, in dem 20000 Menschen getötet, Hunderte erkrankten, und viele sind heute noch nicht gesund. Nur dem Zufall, daß der Wind die Giftgaswolke nicht in die Stadt, sondern dem Meere trug, es zu danken, daß nicht Tausende von Menschen damals in Hamburg getötet wurden.

Jede chemische Fabrik ist zur Giftgasindustrie zu machen. Die Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion kann in wenigen Stunden geschehen. Die meisten Giftstoffe sind zugleich gute Gebrauchsstoffe, die als Düngemittel, Farb- und Arzneistoffe für Kunststoffe usw. Verwendung finden. Die Kunststoffsindustrie hat sich in den letzten Jahren in Deutschland ungeheuer vergrößert. Wer von den Frauen und Mädchen, die Kunststoffschrumpfe und Kunststoffscheider tragen, denkt daran und weiß, daß diese Fabrikten, die heute noch Kunststoffscheider fabrizieren, über Nacht auf Kriegsproduktion umgestellt werden können. Die chemischen Werke in Leuna, Oppau, Höchst, Leverkusen, in Saarlouis und dem Rheinland sind als gigantische Giftgaswerke anzusehen.

In Lübeck hat man vor nicht langer Zeit einen Versuch mit Giftgas gemacht. In Amerika wird gegen die streikende Arbeiter mit Tränengas verwendet. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Jägle, hat für die Gaspaspielen und Gasmasken anzuweisen lassen. In England macht J. H. die englische Luftflotte ein Bergungsmannöver, wo sie vorführt, wie durch richtige Kunstschwadern ganze Städte und Länderteile vernebelt werden können. Heute noch Kunstschwadern — im kommenden Krieg werden es Giftgaschwadern sein, die in wenigen Minuten Millionen von Menschen, Tieren und Pflanzen vernichten. Der Giftkrieg ist ganz anders als der gewöhnliche Weltkrieg. Der Giftkrieg richtet sich in erster Linie gegen das Hinterland der Kriegführenden.

Im Weltkrieg haben die Deutschen Chlorgas angewandt, das den Kehlkopf und die Lungen zerstört. Phosgen gas führt zu hundentlang Qualen (Einsinken von Blut in die zerstörten Lungen) den Erstickungstod herbei. „Ertrinken auf trockener Erde“ nannten es die Soldaten. Blausäuregas führt zur Nervenschwäche und augenblicklichen Tod herbei. Und ein Kohlenäuregas wirkt, zeigte uns die erst kürzlich gemachte Versuchsaufnahme in Oberhausen, wo 162 Bergarbeiter gestorben wurden.

In Amerika ist ein staatliches Arsenal von 400 Hektar groß zur systematischen Vorbereitung des chemischen Krieges angesetzt. Dort werden täglich 200 Tonnen Giftgas hergestellt. Der amerikanische Professor Lewis erlangt das sogenannte Lewis gas, das viel härtere Wirkungen hat als das Senfgas hat. Gasmaske, Sauerstoffapparat und ein Notbehälter, schenken aber wenig oder gar nicht vor den Einwirkungen der Giftgas.

Amerika, England, Frankreich, Italien, alle rüsten sich, glaubt ihr, daß Deutschland weniger rüstet?

Gegen den fürchtbaren imperialistischen Giftkrieg rüstet nicht nur ein Schuß: die achtschiffene Abwehrfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Niederrückung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Wunsch der Nationalisten und Faschisten in Deutschland ist, mit Hilfe des Youngplans des Giftkrieg gegen die Sowjetunion, das Vaterland aller Arbeiter und Bauern, in Anwendung zu bringen.

Um das zu verhindern, gibt es nur den Weg der revolutionären Parteibildung, die Schaffung des proletarischen Schwundes in den Betrieben, den Streik unter Führung der KPD gegen Lohnabbau, für Lohnhöhung und Siedentumbau zu organisieren.

Aber Tag Streik bedeutet, die Kriegsnotbereitschaft der Kapitalisten zu hemmen.

Jedes neue Mitglied in den Reihen des revolutionären Proletariats, in den Reihen der kommunistischen Partei bedeutet einen Schritt vorwärts zu dem Ziel: die proletarische Weltrevolution durch die revolutionäre Erhebung zu errichten. Nur die proletarische Revolution führt den Frieden.

Arbeiterinnen, reißt euch ein in die Kampffront gegen den imperialistischen Kriegesgefahr — für den Schutz der Sowjetunion!

Werdet Mitglieder der kommunistischen Partei!

Heraus zum 1. Arbeiterinnentreffen am 3. August in Dresden, Leipzig, Chemnitz.

Antikriegskomitee im Verwaltungsbezirk Freital gebildet!

Freital. Vorige Woche trafen in Freital die Vertreter der Partei, der Betriebsräte, der Roten Sportler, US usw. zusammen, um zum 1. August Stellung zu nehmen. Es wurde ein Antikriegskomitee gebildet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter Parteimitglieder am Freitag dem 1. August unter den Leitungen der Kommunisten. Treffpunkt: Freital den 1. August, abends 18.30 Uhr, Sachjenplatz, Freital-Deuben. (M 1628)

Verantwortlich für Inhalt und Form: (Herausgeber: Ernst Sander, M. A. R. Berlin; für Verlag, Druck und Verteilung: Arbeiter-Verlag, Dresden; für Vertrieb: Arbeiter-Verlag, Dresden; für Druck: Arbeiter-Verlag, Dresden; für Druck: Arbeiter-Verlag, Dresden.)

**CIRCUS CARL**  
**HAGENBECK**  
Heute, Dienstag, 22. Juli:  
Alaunplatz Große Alaunplatz  
**Eröffnungsvorstellung**  
mit dem  
**Programm der Sensationen**  
**Keiner darf fehlen!**  
Mittwoch 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Nachmittagsvorstellung**  
mit vollem Programm,  
doch halben Preisen  
für Kinder unter 12 Jahren  
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus, Prager Straße, Tel. 2341, und Circuskasse ab 10 Uhr vormittags, Tel. 50900  
Am Mittwoch, den 23. Juli täglich 10 bis 18 Uhr. Tier- und Völkerschau. Eintritt: Erwachsene 50 Pf., Kinder 30 Pf.  
TÄGLICH

**Dutsches Kaufhaus** Neugersdorf  
Hauptstraße — Rosenstraße  
Autohaltestelle — Tel. 2395  
Kleine Anzeige, große Wirkung  
Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt AG.  
Voller Betrieb zwischen Mühlderg-Leitmeritz  
Neben zahlreichen Verbindungen zwischen Mühlderg-Leitmeritz täglich ab Dresden nach Herrnreitschen und zurück:  
9<sup>00</sup> Uhr Motorbootfahrt  
9<sup>30</sup> Uhr Dampfer „Dresden“ (Unterhaltungsmusik), Besatzung: Herr. Kauer, Adob. Bierh.  
11<sup>00</sup> Uhr Dampfer „Leipzig“ (volle Schiffstabelle), Besatzung: Emil Jänke, Stadtmalschl.  
Wochenkarten: Erwachsene RM. 11.—, Kinder RM. 5.50  
Wertkarten: — 9.—, — 4.50  
Familienanflugkarten zu den Wertkarten: Ehefrauen RM. 6.—, Kinder unter 14 Jahren RM. 3.—  
Diese Karten gelten auf allen planmäßigen Dampfern für die gesamte Strecke Mühlderg-Leitmeritz bei beliebigen Fahrtenbrechungen.  
Sonntagsfahrt 50 Pf., Salofahrt 20 Pf. Zuschlag.

**FELLE** billig  
Ihr Besatz u. Pelze  
Rehfelder Str. 21  
**Kreuz-Apotheke**  
Neugersdorf, Hauptstraße  
**Lichtspiele Freiburger Platz**  
Diese Woche  
Der gewaltige Kriminalfilm der Gegenwart  
„Polizei“  
Ein Unterwelt-Drama nach wahrer Begebenheit geliefert mit Spannung und Ueberraschungen, Kampf zwischen den dunklen Elementen der Großstadt und der Polizei. In der Hauptrolle: Der bekannte und geliebte Meister-Detektiv George Bankrott bekannt aus dem Großfilm „Unterwelt“  
9 Akte alleräußerster Spannung  
Dazu der lustige Teil: Einlage  
Einlaß 4 Uhr / Beginn 7<sup>1/2</sup>, 7<sup>1/2</sup> u. 9<sup>1/2</sup> Uhr



# Gegen Ausbeutung der Bergarbeiter und reformistischen Verrat

Die Kumpels der Burgler Schächte führen den Kampf und wählen drei Delegierte / Auch SPD-Kameraden in der roten Klassenfront

Am 17. Juli fand auf der Brunnhöfchen eine Versammlung der Kumpels statt, obgleich die Einladung erst kurze Zeit vorher erfolgte. In der Versammlung wurde der Bericht der Gewerkschaft „Deutschland“, Kameraden Reihhorn, M. d. V. im Beginn der Versammlung meinte Kam. Leuterich (SPD) es solle ja niemand „politisch“ werden, denn sonst könne die Bergarbeiterbewegung verloren gehen. Das Gelächter der Kumpels bewies aber, daß sie die „Fähigkeiten“ dieser Funktionäre, die durch ihr Vorkommen die Hauptrollen spielen an dem heutigen Abend, durchschaut haben.

Kamerad Reihhorn wies darauf hin, daß die Kameraden der Burgler Werke schon am 2. Februar erfahren konnten, welche Arbeitsverhältnisse im Delonitz Revier sind, aber die Sozialdemokratie der SPD angehörigen Leuten sich damals einen „politischen“ Bericht in der Betriebsversammlung ab. Der Betriebsrat (SPD) vom Burgler Werk war mit dem Vorstand des Arbeitssamtes Freital, Peters, in Delonitz, und sie haben dort mit den der SPD angehörigen Leuten Joch, Kreiner und Jünger verhandelt, ohne den Vorsitzenden des Betriebsrates, Reihhorn, hinzuzuziehen. Sie haben sehr oberflächlich die Lage in Delonitz beurteilt und die hiesigen Kameraden getäuscht. Aus diesem Grunde war es möglich, daß sich 18 Kameraden freiwillig nach Delonitz meldeten, wo sie bitter enttäuscht wurden. Sie wurden ihnen vom Steiger freigelegt: „Die Burgler Arbeiter sind rote Arbeiter.“ 41 Arbeiter haben sich genötigt, einen Brief an die Gewerkschaft „Deutschland“ zu schreiben, in dem es heißt:

Delonitz i. C., den 21. 6. 1930.

An die  
Direktion der Steinkohlenwerke  
Gewerkschaft „Deutschland“  
Delonitz i. C.

Nach Feststellung der Löhne vom Mai 1930 müssen die Arbeiter mit Entsetzen feststellen, daß sie mit 90, 85, 80 Prozent und etwas darüber hinaus abgepreßt worden sind. Es ist den Unterzeichneten unmöglich, bei den allwöchentlichen Besprechungen und den niedrigen Löhnen doppelten Hauszins zu zahlen. Entweder geht die Familie zugrunde oder wir verkommen hier selbst. Bei 20, 22 Mark und noch weniger Abschlag, den wir bisher bekommen haben, ist es ganz ausgeschlossen, den Lebensunterhalt sowie Miete auf zwei Personen aufzubringen. Da die uns durch den Kammerberg, Steiger, Schneider, versprochenen Löhne nicht eingehalten worden sind, wo uns gelagt wurde, daß

die Gehälter nicht unter 115-120 Prozent seien, weiter, daß es hier keine Feiertage gäbe, ferner bis auf weiteres keine Aussicht auf eine Wohnung zur Unterbringung der Familie besteht, sind wir gezwungen, zu beantragen, sämtliche Unterzeichneten wegen Arbeitsmangels zu entlassen.

Auch für die Lehrlinge ist es unmöglich, hier länger zu bleiben durch die niedrigen Lohnverhältnisse, wo ein großer Teil seine Eltern unterstützen muß und bei vier Schichten ein Abschlag von 12 Mark bei Abzug der Kost und Wohnung gezahlt wird.

Unterzeichnete sind jedoch gewillt, wenn die Wirtschaftskrise überwunden wäre und Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die Arbeit bei obiger Gewerkschaft wieder aufzunehmen. Unterzeichneten von 44 Kumpels.

Dieser Brief wurde mit folgendem Begleitbrief gleichzeitig an Uhlmann, den Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, geschickt:

Delonitz, den 26. 6. 1930.

An  
Herrn Max Uhlmann  
Bezirksleiter des Bergbau.

Im Auftrage der ehemaligen Burgler Kameraden, jetzt beschäftigt bei den Steinkohlewerten des „Deutschland“-Konzerns

in Delonitz, übermitteln wir der oben erwähnten Zeitung beiliegendes Schreiben, welches auch vorige Woche der Direktion der Gewerkschaft „Deutschland“ zugeandt wurde. Bei Ablehnung unseres Antrages sind wir gezwungen, angehts unserer Notlage die Arbeit selbst aufzugeben und wieder nach der Heimat zu wandern. Wenn letzteres eintreten sollte, beauftragen wir die Bezirksleitung, sofort vorstellig zu werden bei den Arbeitssamtern Freital, Dresden und Freital, um uns vor der Sperre für vier Wochen zu schützen und sich höchstens für die sofortige Zahlung der Erwerbslosenunterstützung einzusetzen.

Mit gemeinschaftlichem Gruß  
Gez. Weber, i. Kultur, der 44 Kameraden.

Ueber die Eingaben wurde mit der Direktion verhandelt, und da haben die drei SPD-Betriebsräte mit einem christlichen und einem Beamten gegen die Forderung der Kameraden auf Abstellung der Beschwerden gestimmt. Die Forderung wurde mit 5:5 abgelehnt. Die praktische Politik der SPD ist also nur im Interesse der Direktion, und nur der rote Betriebsrat, der allerdings nur fünf Sitze hat, stimmte für die Forderung der Kameraden. Uhlmann, der Bezirksleiter der RGO, lag zunächst, die Feststellungen der Kameraden seien „unwahre Behauptungen“. Aber alle in Delonitz gemachten Kumpels unterstützen die Ausführungen des Kam. Reihhorn. Für die Arjo sprach Gen. Seifert und wies die Kumpels darauf hin, daß sie sich mit der Arjo in Verbindung setzen müssen zur Durchsetzung ihrer Unterstützungsansprüche. Vor allem aber sei es notwendig, im Kampfe gegen die SPD-Bürokratie die RGO zu stärken und Delegierte zum 2. Landeskongress der RGO zu wählen. Eine Resolution, die sich gegen den Kauf der Unterstützung wendet, wurde ebenfalls eingebracht und beschloffen.

Das Ergebnis dieser impotenten Versammlung war die Wahl von drei Kameraden, darunter einem SPD-Kameraden, zum 2. Landeskongress der RGO.

## Ausbeutung im Badtsaal

Höllisches Arbeitstempo — Lohnreduzierung von 10 bis 12 Mark für die Arbeiterinnen

Eine Arbeiterin schreibt uns aus dem Betrieb Greiling: Es ist kein Zufall, daß sich die Direktion gerade auf diese Art eilung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln stürzt und nichts unversucht läßt, um den Mädchen und Frauen dieser Abteilung das Leben zur Hölle zu machen. Die Direktion mit ihrem großen Stab von Kassen ist der Meinung, daß sie bei der weiblichen Belegschaft auf keinen Widerstand stoßen werde, und daß sie nach ihrem Gutdünken bei der Herausprollung des Profits verfahren könne, wie sie gerade wolle. Die Akkordpreise wurden unangenehm reduziert, so daß viele Mädchen und Frauen 10-12 Mark die Woche weniger verdienen haben. Murr eine Kollegin, nun, dann legt man sie auf die Strafbank, also isoliert sie von den anderen Kolleginnen. Leider gibt es noch viele Kolleginnen, die sich über so eine Handlungsweise noch lustig machen. Es werden immer mehr Badtsaalen angekauft, nun die Direktion und die Aktionäre haben Geld, um diese Mädchen anzufahren. Die Kapitalisten hat man erst aus den Knochen der

Frauen und der anderen Belegschaft gepreßt. Immer mehr Arbeiterinnen werden dadurch arbeitslos und in die Arme der Hungernden getrieben, ja man nimmt nicht einmal Rücksicht auf schwangere Frauen.

Arbeitskolleginnen! Während ihr tagsüber unter einem höllischen Arbeitstempo im Betrieb schuftet und euren Körper, eure Gesundheit ruiniert, pflegen sich die Herren der Bourgeoisie, die Herren der Direktoren und Aktionäre auf dem Divan, ertrinken sich in ihren Haushäusern und sind glücklich bemüht, durch gutes Essen die notwendigen Fettstoffe anzuhäufen, um durch einen „tolligen“ Körper ihrem Herrn Gemahl oder Kanakler immer mehr zu gefallen. Sind sie durch dieses faule Nichtstun, durch dieses Schlaraffenleben zum lebenden Fettpolster geworden, oder haben sie ihre 10 „Schwachen“ Herren durch Hausbälle, Theater und andere Vergnügungen ruiniert, dann geht es in die Seebäder oder nach der Riviera; denn dort erholt man sich so prächtig. Euch Arbeiterinnen würde man aber am liebsten noch die paar lumpigen Ferientage rauben. Seid ihr infolge der unheimlichen Ausbeutung krank, so entläßt man euch oder schickt euch zum Vertrauensarzt, der macht euch innerhalb kurzer Zeit wieder „gesund“.

Euren elenden Lohn

reduziert man euch immer mehr. Für viele Gemeinheit haben die Unternehmer und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nur eine Begründung. Sie sagen immer wieder, der „schlechte Stand der deutschen Wirtschaft“ erfordere dies. Aber die Profitenden steigen immer höher. Das heißt sogar der kapitalistische „Anzeiger“ vor einiger Zeit jubelnd fest. In harter Schlagweise konnte man lesen:

„Deutschland ist das Land der höchsten Gewinne“

Vom „Anzeiger“ kann man ja auch nicht erwarten, daß er dazu schreibt, daß in Deutschland trotz der „höchsten Gewinne“ Millionen verhungern, daß man spart an den Armen der Armen mit der Begründung, daß es der Wirtschaft schlecht ginge. Diese hohen Gewinne sind aus den Knochen der Arbeitenden herausgepreßt worden. Das Eingeläuteln aber zeigt am besten, wie die Unternehmer sich windeln, daß es der „Wirtschaft“ schlecht ginge. Die Profite steigen, aber Löhne, Sozialfürsorge usw. werden abgebaut.

Arbeitskolleginnen! Soll dieser Zustand ewig so bleiben? Solt ihr euch abgefunden mit diesem elenden, freudlosen Dasein? Seid ihr zufrieden? Wir glauben nicht! Darum schließt euch alle der

Revolutionären Gewerkschaftsopposition

an und kämpft mit ihr für Sechshunderttag und Vierzigstundenwoche, für Lohnerhöhung, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit!

Kämpft mit der kommunistischen Partei für den Sturz dieser Gesellschaftsordnung, kommt alle in die am Dienstag, dem 29. 7., nach Arbeitslohn im Restaurant Fiedler, Zwölfener Straße, stattfindende Versammlung.

Dort wird ein Kollege der Rev. Gewerkschaftsopposition auch den Weg zeigen, den die Arbeiterklasse im Kampf um Lohn und Brot gehen muß.

Am 2. und 3. August findet in Dresden, Reglerheim, der Landeskongress der Revolutionären Gewerkschaftsopposition statt. Er wird ein gemaltiger Schritt notwendig sein zur Organisierung unserer Aufgaben. Wählt auch ihr Delegierte dazu.

Kolleginnen! Vagt auch von der Teilnahme an dieser Versammlung von den sozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten nicht abhalten. Bedenkt, daß es die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer sind, die das Proletariat verraten und vollkommen an die Kapitalisten ausgeliefert haben. Nur den Verrat an den Arbeitern bekommen sie fette Taschen im heutigen Staat, darum betampfen sie die kommunistische Partei mit den dreifachen Mitteln. Sie fürchten die Zustimmung, weil dadurch ihnen ihr Handwerk gelegt würde.

Keine Kollegin darf der Betriebsversammlung fernbleiben. Die Unternehmerröjente auf Lohnabbau müssen alle Kollegen und Kolleginnen in einheitlicher Front abwehren. Darum, daß sie

die Arbeiteroffensive

den Streit gegen jeden Pfennig Lohnabbau entgegenstellen. Die Organisierung des Streiks im eigenen Betrieb für Lohnerhöhung, Sechshunderttag und Lohnausgleich, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, das muß unser nächstes Ziel sein. Deshalb, Kolleginnen, schließt euch kollektiv, abteilungsweise der Revolutionären Gewerkschaftsopposition an. Wählt schon heute eine Kampfleitung zur Vorbereitung des Kampfes. Wählt überall revolutionäre Frauenbeauftragte, schafft roten Vertrauensleutkörper in jeder Abteilung. Am Dienstag alle zur Betriebsversammlung!

## Versammlungen der Gewerkschaftsopposition

Revolutionäre Eisenbahner-Opposition  
Mittwoch den 23. Juli, 17 Uhr, wichtige Sitzung im Restaurant „Zur Spitze“, Ecke Marcolinstraße. Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht.

Kalk- und Ziegelträger!

Am Mittwoch, dem 23. Juli: Sektionsversammlung in den Annenjulen. Ohne Ausweis kein Zutritt.

## Am 2. und 3. August:

# Jungarbeiter- und 2. Landeskongress der RGO mobilisieren gegen die soziale Reaktion in den Betrieben!

Von Dr. Ernst Cohn, Dresden

Nach dem Bericht der sächsischen Gewerbeaufsicht sind die Betriebsunfälle in Sachsen

im Jahre 1928 auf 71.678 im Berichtsjahr 1929 zurückgegangen. Ob dieser Tatsache großer Jubel in der bürgerlichen und reformistischen Presse. In Wirklichkeit handelt es sich aber um sogenannte „Erfolge“, insofern lediglich um eine Erscheinung bedingt durch die zahlreichen Betriebsstilllegungen in Sachsen als Folge der kapitalistischen Konzentrationsbewegungen.

Der Rückgang der Unfälle ist nur ein scheinbarer.

Auch die Ziffern aus dem Reich zeigen im Gegenteil zu den „Erfolgen“ der sächsischen Gewerbeaufsicht ein weiteres Anzeichen dieser Zahlen als unaussprechliche Folge der kapitalistischen Konzentration.

Im Vordergrund stehen auch im Jahre 1929 wieder die Betriebsunfälle sowie die durch den elektrischen Strom. Nach dem amtlichen Bericht kann nicht umhin, zuzugeben, daß die Zahl der Unfallsverletzten sich zu 61 vom Hundert aus Sachverständigen zusammensetzt, das heißt, daß die frühere Behauptung, daß die meisten Unfälle seien durch „Unachtsamkeit“ hervorgerufen, über Bord geworfen werden mußte. Die Tätigkeit der Arbeiter hat sich noch immer nicht verbessert. Die zahlreichen kommunikativen Forderungen sind in keinem Punkte zur Ausführung gelangt. Wenn trotzdem zur Bekämpfung der Unfälle in den Betrieben 28.338 Anordnungen getroffen wurden, so ist das ein Beweis für die Richtigkeit unserer Forderung, daß die sächsischen Betriebe sich in einem geradezu unheimlichen Zustande befinden und vielfach das je bedenkliche Minimum an sicherer Bestimmungen selbst nicht zur Durchführung bringen, um des Unternehmerprofites willen.

Die reformistischen Betriebsräte vertreten in ihrer Mehrheit nicht die Forderungen der Belegschaften, führen keinen Kampf gegen das Hefttempo der Arbeit im rationalisierten und mangelhaft gegen Unfallgefahren gesicherten Betrieben.

Das Verhalten auch die Gewerbeaufsicht, wenn sie auf Seite des bürgerlichen Schichtes steht:

Im Gegenteil, wenn auch allgemein die Betriebsvertränger die Anordnungen des Gewerbeaufsichtsamtes begrüßen und sie notwendig halten, so lehnen sie sich trotzdem öfter mit Rücksicht auf die augenblicklich wirtschaftlich ungünstige Lage für eine Stundung ein...

Das heißt, auf Grund ihrer wirtschaftsriedlichen Einstellung verdrängen reformistische Betriebsräte auf die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen, lehnen sie die Maßnahmen und das Leben dieser Kämpfer auf das Spiel, um den Unternehmerprofit zu sichern.

Revolutionäre Betriebsräte und Betriebsvertränger sind die einzigen Kräfte im Betrieb, die in der Lage sind, die Forderungen der Belegschaft den nötigen Nachdruck zu geben. Nur unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es möglich, in den Betrieben den Kampf gegen die soziale Reaktion, insbesondere gegen die allwöchentlichen Besprechungen, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Mobilisierung breiter Massen von Betriebsarbeitern gegen Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung. Der Jungarbeiterkongress am 2. August und der Landeskongress der RGO in Dresden am 3. August sollen neue Kräfte wecken, um die Kampffront zu verbreitern, den Einbruch in die arbeitserneuernde Front der Reformisten zu vergrößern. Sozialdemokratische, parteilose, kommunistische Arbeiter müssen Schulter an Schulter stehend diese Aufgaben lösen. In allen Betrieben müssen jetzt die

Wahlen der Delegierten zum RGO-Kongress

erfolgen. Im Zeichen des Kampfes gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Bürgerkriegerdiktatur und Unternehmerröjente muß der jugendliche Vorstoß der roten Klassenfront stehen!

Die Betriebe sind die Machtzentren des Kapitals! Die Betriebsbelegschaften zu mobilisieren und zum Kampfe zu führen, ist das Gebot der Stunde!

In diesem Sinne:

Rüft wir zum 2. Landeskongress der RGO!

## Zierden der reformistischen Bürokratie

# Betriebsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Zeitung unterschlägt 600 Mark Belegschaftsgelder

Trotzdem bleibt er eine Stütze der Buchdruckerverbandsbürokratie

Wie unser Bruderorgan, das Thüringer Volksblatt erzählt, hat der Betriebsratsvorsitzende H. der Friedrich Kirchnerischen Druckerei, der Druckerei der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Erfurt, aus dem von den Betriebskollegen zusammengebrachten Betriebsfonds 600 Mark unterschlagen. Diese Tatsache ist bisher geheimnisvoll vor dem Licht der Öffentlichkeit behütet worden, wahrscheinlich deswegen, weil diese lächerliche Stütze der Buchdruckerverbandsbürokratie unentbehrlich erscheint. Trotz der Unterschlagung ist nämlich heute noch nichts davon bekannt, daß kein Ausschluß aus dem Buchdruckerverband vollzogen worden ist.

Die Bürokratie des Buchdruckerverbandes hat ja schließlich auch andere Sorgen, als mit fortpäpsten Elementen in ihren Reihen aufzuräumen. Sie wird von der bösen Opposition lächlich so gesäumt, daß sie nur diese sieht und dabei vollkommen vergißt, den Kampf in ihren eigenen Reihen zu bereinigen. Gegen die Opposition, deren Tätigkeit im Interesse der Buchdruckerkollegen liegt, kann die Verbandsbürokratie allerdings mit aller Härte vorgehen.

## SPD-Betriebsrat fadt Krankengelder ein

Im Hamburger Hafenbetrieb ist der reformistische Betriebsratsmann Levi als gemeiner Korruptionist entlarvt worden. Als Betriebsrat hatte er auch die Verwaltung einer Kranken- und Unterstützungskasse, die von den Belegschaftsmitgliedern von wöchentlichen Beiträgen finanziert wurde. Bevor er in Urlaub ging, unterschlug er von diesen Arbeitergeldern 1680 Mark.

Jahrelang hat dieser Hehler die Interessen der Arbeiter verraten. Kollegen veranzert, und schließlich sich an den Geldern der Arbeiter vergreift. Das ist jedoch kein Hindernis, daß er innerhalb der SPD und der Gewerkschaften noch hohe Funktionen einnimmt. Die SPD bezeugt damit, daß sie selbst bis über die Ohren im gemeinen Korruptionssumpf steht.



# Rund um den Erdball

Neues Verbrechen des „Propheten“ Weissenberg

## Ein Kind des Augenlichtes beraubt

Wie lange darf dieser Weisser-Käse-Kurpfuscher noch sein Anwesen treiben?

Berlin, 21. Juli. Der berühmte schwarzweisse Weisse-Käse-Doktor und Prophet einer Sekte, die bereits viel Unheil in den Kreisen der geistig Armen angerichtet hat, ist eines neuen Verbrechens angeklagt. Und zwar hat der Kreisarzt vom Bad Freienwalde Weissenberg beschuldigt, durch eine ungläubliche Kurpfuscherbehandlung die einjährige Hildegard Senfke, das Töchterchen eines Landarbeiters aus Pöthenitz, am ihr Augenlicht gebracht zu haben.

Über den Hergang dieses Verbrechens erfahren wir folgendes: Die kleine Hildegard war einige Monate nach der Geburt an einer Augenentzündung erkrankt. Da die Eltern in vollkommener Abhängigkeit von Weissenberg geraten waren, wählten sie sich ganz entschieden, einen Arzt zu Rate zu ziehen, und gaben das schwermütige Kind zu dem schwarzweissen Wanderheiligen Weissenberg in Behandlung. Trotzdem dieser bereits viel Unheil mit seinen Weissen-Käse-Kuren angerichtet hat, gab er den Eltern den Rat, sie auch in diesem Fall anzuwenden. Außerdem

würde er durch seine Gebete dazu beitragen, daß Gott die Krankheit in kürzester Zeit heilen würde.

Nier Wochen lang mußte nun das unglückliche Kind mit den Käseumschlägen auf den stark schmerzenden Augen still im Bett liegen. Von Tag zu Tag verschlimmerte sich die Entzündung und naturgemäß auch die Qualen der kleinen Hildegard. Verwandte der Familie hatten schließlich den Kreisarzt, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Doch

die fanatischen Weissenberg-Anhänger stemmten sich mit Händen und Füßen gegen die Behandlung durch einen Arzt.

Schließlich, als die Entzündung bereits soweit fortgeschritten war, daß das Kind nichts mehr sehen konnte, gingen die Eltern selbst zu einem Arzt, der dann feststellen mußte, daß das Kind durch die Käsebehandlung vollkommen und für immer das Augenlicht verloren habe.

Am vergangenen Freitag wurde das kleine Opfer religiösen Fanatismus endlich einer Berliner Augenklinik überwiesen. Die sofort vorgenommene eingehende Untersuchung ergab die Bestätigung des ersten Befundes: Das Kind ist für immer erblindet.

Wie duldzaam die Staatsanwaltschaft ist, die sich sonst nicht genug tun kann in der Verfolgung von Massenbewegten Arbeitern, wenn es sich um einen nationalistischen Sektenpropheten handelt, geht aus der Tatsache hervor, daß, trotzdem die Schuld Weissenbergs an dem Tode des Drogisten Bernicke einwandfrei erwiesen ist,

er doch noch ein volles Jahr sein Anwesen treiben konnte. Wie erinnertlich, ist Bernicke im Juni v. J. an den Folgen eines Nadelnagelschwärs gestorben. Auch in diesem Falle hat Weissenberg den Unglücklichen mit weissem Käse zu Tode kuriert.

Angehts dieses zweiten ungeheuerlichen Kurpfuscherverbrechens muß doch gefragt werden, wie lange dieser gefährliche Schachlaten noch Menschen geistig und körperlich zu Krüppeln kurieren darf. Wir fordern unverzüglich die Einleitung eines Strafverfahrens und Verhaftung dieses Kurpfuschers.

## Weisse Luftflotte gestartet

60 Teilnehmer von sieben kapitalistischen Staaten sind am Sonntag zum diesjährigen sogenannten internationalen Europarundflug von Berlin aus gestartet. Die Flugstrecke beträgt mehr als 7000 Kilometer. Fast sämtliche Länder Europas mit Ausnahme Rußlands werden überflogen. Das Gebiet der Sowjetunion wird, wie wir bereits am Sonntag berichtet haben, als „heißes Eisen“ gemieden. Sowjetrußland ist Feindland für diese internationale kapitalistische Luftflotte!



Unser Bild hält den Augenblick des Startes fest.

## Tot oder lebendig:

# Schafft die Negerfamilie herbei!

Die amerikanische Lynchbestie fordert immer neue Opfer

New York, 21. Juli. (Note-Silve-Bericht.) Der Gouverneur vom amerikanischen Staate Alabama hat kürzlich 300 Dollar Belohnung für denjenigen ausgesetzt, der eines der drei noch lebenden Mitglieder der Negerfamilie Robertson lebend oder tot herbeischafft. Die fanatisierte Speichermühle hat sich diese amtliche Aufforderung zum Lynchmord nicht zweimal sagen lassen und durchrast zur Zeit mittels Pferd und Auto den Staat Alabama, um sich die 300 Dollar Werdprämie zu verdienen.

Diese unglückliche Negerfamilie hat bereits furchterlich unter den Verfolgungen der fanatisierten amerikanischen Weissen leiden müssen. Zahlreich haben die männlichen Mitglieder der Familie unter den kümmerlichsten Verhältnissen sich als

hundsmiterdel bezahlte Plantagenarbeiter durchs Leben geschlagen. Eines Tages wollte Frau Robertson eine Trodenbatterie laufen. Der weiße Ladenbesitzer forderte doppelte Bezahlung. Daraus entspann sich ein Wortwechsel, der zur Schlägerei ausartete, wobei der profitgierige Ladenbesitzer den kürzeren zog. Der Verprügelte alarmierte Hilfe,

worauf Frau Robertson kurzerhand am nächsten Baum aufgehängt wurde.

Nicht genug damit, wurde auch noch der Onkel gelincht sowie dessen Haus verbrannt, wobei noch zwei weitere Neger in den Flammen umkamen. Auf der Flucht vor dem Lynchbanden wurde auch der Vater von Frau Robertson schwer verwundet.

Da sich die übriggebliebenen männlichen Mitglieder der Familie Robertson

nicht kampflös abhändigen lassen wollten, verbarrikadierten sie sich in ihrer Hütte.

Bei dem Sturm, den die fanatisierten organisierte, wurde ein Plantagenaufseher getötet und ein Plantagenbesitzer verwundet. Im Dunkel der Nacht gelang es dann einigen der Belagerten zu entfliehen. Nunmehr hat der Gouverneur von Alabama sich an die Spitze der Lynchmörder gestellt, um diese Negerfamilie auszurotten.

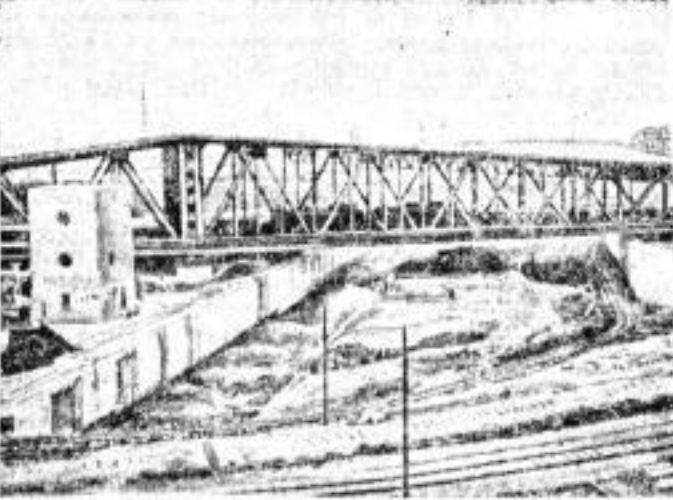
Die Massenbewegte amerikanische Arbeiterkraft, sowie die grenzenlose Abscheu gegen die Mordtät und den idiotischen Rassenhass der Speichermühle, wird nicht eher ruhen und rasten, bis diese kapitalistische Kulturhande liquidiert ist.

## Neue sowjet-russische Forschungsreise

Diesmal zum Frithjof-Nansen-Land

Moskau, 21. Juli. Am 15. Juli hat eine neue russische Expedition nach dem Frithjof-Nansen-Land, früheres Rifolano-Land, unter Teilnahme des deutschen Polarforschers Schmidt, Archangelsk verlassen. Die Expedition wird sich in kändiger Kantverbindung mit den russischen Funktionen in Archangelsk und Veningrad befinden und soll große wissenschaftliche Untersuchungen anstellen, um festzustellen, welche Bodenschätze das Frithjof-Nansen-Land besitzt.

## Die schwerste Drehbrücke Europas



Zu der gewaltigen Nordschleusenanlage in Bremerhaven gehört auch diese hier abgebildete ungleicharmige Drehbrücke. Sie verbindet die Fahrkastanlagen der Kolombuskaje mit dem Hinterland und nimmt zwei Eisenbahngleise, eine zweispurige Straße und einen Fußweg auf. Das Gesamtgewicht beträgt mehr als 2700 Tonnen. Der Antrieb ist elektrisch.

## Briefmarken vom höchsten Postamt der Welt



Die Briefmarkensammler sind hinter diesen hier abgebildeten Briefmarken „schwer hinterher“. Es sind Schweizer Briefmarken, die den neuen Stempel des höchstgelegenen Postamtes der Welt „Jungfrauoch, Höhe 3457 Meter u. M.“ tragen. Jungfrauoch ist bekanntlich die Endstation der Jungfrauobahn, mit dem höchstgelegenen Hotel, der höchstgelegenen Wetterwarte und dem größten Gletscher Europas.

## Schweres Eisenbahnunglück in Amerika

100 Verletzte

New York, 21. Juli. Bei Elizabeth im amerikanischen Staate New Jersey stieß ein Eisenbahnzug, der mit 100 Kilometern Geschwindigkeit dahinflaute, an einem ungehinderten Bahnübergang mit einem Kraftwagen zusammen. Dabei kürzten den Wagen des Zuges die Böschung hinunter. Die Zahl der mehr oder weniger schwer Verletzten beträgt etwa 100 Personen.

## Ein Universalheiliger

Der Stadt Königsberg in Preußen fehlte ein zweiter Bürgermeister. Am diesem „Hiesigen Lande“ abzuhelfen, schrieb man die Stelle aus. Damit aber gar keine Zweifel entstehen sollte, auf welche „Kräfte“ man rekrutierte, ließ man ein großes Inserat im hiesigen Volksorgan, den „Völkischen Beobachter“, einrücken. Die hiesigen Königsberger Bürger hatten sich nicht getäuscht. Eine Menge völkischer Wuhls im Taschenformat, die glaubten, das Zeug für einen zweiten Bürgermeister in sich zu haben, meldeten sich. Unter anderem auch dieser:

„An die wohlhabliche Stadtverordnetenversammlung, Königsberg i. Pr. Auf Ihr wohlwollendes Ausschreiben im „Völkischen Beobachter“ möchte ich mich um die zweite Bürgermeisterstelle in Königsberg bewerben. Mein Lebenslauf Arnold Rominger-Beder, Konditor und Kraftfahrer am 14. Dezember 1901 als Sohn des Wäders- und Konditormeisters Rominger in Wittenberge, Bezirk Wittenberg, geboren. Vom 1. Juni 1911 bis zum Jahre 1918 besuchte ich die Evangelische Volkshochschule, nach der Entlassung lernte ich das Bäcker- und Konditorhandwerk im väterlichen Hause und in Stuttgart lernte und studierte ich Geschichte und Sprachwissenschaft. Nachdem im Jahre 1916 meine edle Deutsche Mutter gestorben und mein Vater im Felde war arbeitete ich allein und stellte täglich 400 bis 500 Rilo Brot her, so bin ich auch bereit mein ganzes Können im Dienste der Stadt zu stellen.“

Mit dem Beistand Gottes werde ich die Geschicke Königsbergs lenken und werde mich vor Gott und Volk ganz und voll verantwortlich fühlen.

Ein ein Mann von großem Format Anspruchlos, Nicht-raucher- und Trinker- von schneller Auffassungsgabe, von reelltem Charakter und nationalem Empfinden. Was das Gehalt betrifft bin ich mit 17.000 Mark voll und ganz zufrieden. Auf Ansuchen zufolge Aufwandsentschädigungen verzichte ich ganz. Mein Wahlpruch lautet: „Edel sei der Mensch hilfreich und gut.“ Ich möchte ergeben die Bitte aussprechen einen Mann zu wählen, der ein Führer ist und kein Geführter, der mit heiterem Auge in die Zukunft blickt die ganz dunkel vor uns liegt. Wohlhabliche Herren Stadtverordneten wählt einen Mann für Recht und Wahrheit, ich werde mit des Allmächtigen Hilfe die Stadt Königsberg einer besseren Zukunft entgegenführen und mit allen Kräften an den Wiederaufbau des Deutschen Vaterlandes arbeiten. Wählt mich das edle und gute und Königsberg nicht betrogen werden. Einen Mann für Gott und Volk und Vaterland mit ergebenstem

treudeutschen Gruß

gez. Arnold Rominger“

Wenn da die Königsberger nicht zugreifen, dann sind sie, an im hiesigen Zargon zu sprechen, „hoffnungslos marriert“ verheiratet“ oder „verheiratet“. Sollten ihn also die Königsberger nicht zum zweiten Bürgermeister ernennen, dann muß ihn Reich neben „Rassen-Günther“ an die Universität Jena berufen. Arnold Rominger, der völkische Universalheiliger und Nicht-raucher von Format, muß unbedingt seine schnelle Auffassungsgabe dem Volke zur Verfügung stellen. Am so mehr, da er auf eine „Aufwandsentschädigung“ verzichtet und des Beistandes Gottes sicher ist.

## Selbstmord auf den Schienen

In der Nähe des Bahnhofs Schlawa in Pommern wurde ein Kaufmannslehrling aus Marienhal vom Güterzug überfahren und getötet. Der junge Mann soll sich in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen gelegt haben. Die Gründe der Tat sind unbekannt.

## Japanische Taifun-Katastrophe

Nach Tokioer Meldungen ist die Zahl der Opfer des Taifuns auf 74, der der Vermissten auf 800 geklettert. Viele Dampfer befinden sich in Seenot. Zwei japanische Schiffe, die von Dairen mit 240 Arbeitern ausliefen, werden vermisst.



# Bolschewismus gegen Faschismus / Ernst Thälmann

## Organisiert den Wahlkampf im Zeichen der proletarischen Revolution!

Aus der Nummer 4 des „Roten Wähler“, dem Organ der kommunistischen Reichstagsfraktion, entnehmen wir den nachfolgenden Artikel des Genossen Ernst Thälmann zur Reichstagsauflösung:

Der Reichstag ist aufgelöst. Die regierende Bourgeoisie, das Finanzkapital, hat durch keine Beauftragten, den Reichspräsidenten Hindenburg und den Bürgerblockführer Brüning, das Parlament nach Hause geschickt. Der Generalstab des Reichspräsidenten und Stahlhelmführers Hindenburg hat die Herren Volksvertreter. Mit einem solchen Handstreich hat die parlamentarisch-demokratische Fassade der bürgerlichen Herrschaft abgetrennt und die nackte brutale Diktatur des Finanzkapitals enthüllt ihr faschistisches Gesicht.

Die kommunistische Partei vom ersten Tage der Weimarer Regierung den Massen signalisierte, zeigte sich als unüberwindliche Last: diese Regierung marschiert im Zeichen des parlamentarischen Kurzes der deutschen Bourgeoisie, diese Regierung vertritt die eigene Geschicklichkeit, die eigene Verfassung der Weimarer Republik. Sie wendet den Paragraphen 48 gegen die Reichstagsauflösung des Parlamentes, gegen den Willen selbst der parlamentarischen, freischaffenden Reichstages an, der nun vom Parlamentarismus betroffen wurde, sie bereitet auf kaltem Wege den totalen faschistischen Staatsstreich die Bahn.

Es ist eine besondere Stärke der deutschen Bourgeoisie, die antreibt, das demokratisch-parlamentarische Mäntelchen ihrer bisherigen Regierungsmethoden fallen zu lassen und die Durchbrechung ihrer eigenen Gesetze zu faschistischen Methoden überzugehen? Das Gegenteil trifft auf der heutigen Stufe der Entwicklung, im Angesicht der drohenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft, vor den Tischen des immer neuen Lochs in den Staatsfinanzen, der drohenden Krise der Produktion, der nachlassenden Wohlstandsfähigkeit der Arbeitlosen und Ausgewanderten, der herantretenden Wirtschaftskrise immer härter in die wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Systems anzuklopfen.

Es ist nicht in den breiten Massen die Gürtung, die Unmöglichkeit, die Rebellion gegen die alten Methoden der parlamentarischen Regierungsmethoden, schon bricht sich der dumpfe Wille der Massen, aus dem Elend der kapitalistischen Anarchie heraus zu kommen und zu erzwingen. Schon mühen sich in allen alten bürgerlichen Parteien, deren werktätige Mitglieder — wie die Sachverständigen deutlich bezeugen — die parlamentarischen politischen Führung die Gefolgschaft aufzuliegen.

Die Krise des Parlamentarismus, die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, den Differenzierungsprozess im eigenen Lager zu bewältigen, die Bourgeoisie länger zu verteidigen und zu überbrücken, führt auch nicht dem Umstand, daß die parlamentarische Regierung der Spitze der führenden Regierungspartei, des Zentrum, die parlamentarische Führung des Reichstages, der Reichstagsauflösung führt, ist nur ein Spiegelbild der Krise des parlamentarischen Systems.

Die von den Schülern der Wirtschaftskrise mannt das ganze System der kapitalistischen Stabilisierung. Mit den Methoden des amerikanischen Dollarkapitalismus wachsen die Widersprüche Gegenüber, spitzt sich überhöhter als je zuvor der Weltkampf um die Märkte der Welt zu, die mit unvorstellbarer Schnelligkeit die Kriegesgefahr über das gesamte Deutschland, noch immer mit den Ketten des internationalen Vertrages, mit den Reparationslasten auf dem Rücken der überlebenden Youngpläne eingepreist, macht verwerfliche Berechnungen, um den bedrohten Profit der Ausbeuter der Industrie, Banken und Börsenspekulanten, die die Demokratie zu sichern, um noch einmal einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu erzwingen.

Die von dieser „Ausweg“, diese „Lösung“ nach dem Rezept der kapitalistischen Kapitalisten aus?

Die von der Erwerbslosigkeit hungern. Täglich gibt es neue Hungerkämpfer, die die Zahl der Erwerbslosen weiter anwachsen lassen. Das Rezept der Kapitalisten besteht darin, nach mehr als bisher zu hungern!

Die von der Beamten und Angestellten hat die unerschütterliche Normen angenommen. Das Rezept der Kapitalisten besteht darin, den Arbeitenden ein „Kotopfer“ zu opfern, von dem nur eine kleine Schicht ausgenommen werden können, die prästen und im Überfluß leben, die Mitglieder der Kapitalisten, die Aufsichtsräte und Dividendenbesitzer.

Die von der werktätigen Bauern, der mittlichen Opfer der Wirtschaft, das Elend der Handwerker und Kleinrentner, die von den Kapitalisten entwurzelt und vertrieben werden, der von den Kapitalisten „hilt“ diesen Schichten mit neuen Steuern, mit der Kopfsteuer, der Regesteuer, die SPD-Regierung erdrückt, Nazi-Präsident als erster in die Tat umsetzt und die von der Bürgerblock als ein Glasstübchen seines Finanzprogramms mit dem Paragraphen 48 „verordnet“!

Die von der Arbeiterklasse, Massenbefreiungen, Abbau der Sozialversicherung, schmutzige, verbrecherische Anschläge auf die Arbeiterklasse und zugleich der Lohnraubzug der Wirtschaftskrise, dem der kapitalistische Staatssystem mit allen Mitteln zu Hilfe eilt, — das ist das Bild des faschistischen „Ausweg“, der aus der Krise, aus dem Zusammenbruch, aus der Katastrophe herauszuführen soll!

Die von der werktätigen Bauern, der mittlichen Opfer der Wirtschaft, das Elend der Handwerker und Kleinrentner, die von den Kapitalisten entwurzelt und vertrieben werden, der von den Kapitalisten „hilt“ diesen Schichten mit neuen Steuern, mit der Kopfsteuer, der Regesteuer, die SPD-Regierung erdrückt, Nazi-Präsident als erster in die Tat umsetzt und die von der Bürgerblock als ein Glasstübchen seines Finanzprogramms mit dem Paragraphen 48 „verordnet“!

Die von der werktätigen Bauern, der mittlichen Opfer der Wirtschaft, das Elend der Handwerker und Kleinrentner, die von den Kapitalisten entwurzelt und vertrieben werden, der von den Kapitalisten „hilt“ diesen Schichten mit neuen Steuern, mit der Kopfsteuer, der Regesteuer, die SPD-Regierung erdrückt, Nazi-Präsident als erster in die Tat umsetzt und die von der Bürgerblock als ein Glasstübchen seines Finanzprogramms mit dem Paragraphen 48 „verordnet“!

brecherischen Seite an Seite mit der christlichen Gewerkschaftsbürokratie den kämpfenden Arbeitern in den Rücken.

Alle Refusen der Bourgeoisie, alle Lakaien des Kapitalismus werden aufgeboten, um den Hungerkrieg der Ausbeuter gegen das arbeitende Deutschland zu sichern und zum Erfolg zu führen. Wenn der Plan der herrschenden Klasse gelingen würde, mühte das schmachvolle Programm des Justizministers der Brüning-Regierung, Siedt, von den 20 Millionen, die Hunger zu erleiden sollen, damit „Deutschland“ das reichste Land werde, Wirklichkeit werden.

Die Sozialdemokratie, die seit der vorigen Reichstagswahl bis zum März dieses Jahres mit den Bürgerblockpartei in einer Regierung lag, trägt die volle und uneingeschränkte Verantwortung für den räuberischen Kurs und laut die Voraussetzungen für die faschistischen Methoden der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie, die vor den Wahlen von 1928 mit riesigen Versprechungen, mit Scheinradikalen Versprechen die Wählermassen zu betrogen hatten, brutal über die Reichstagswahl nicht einen einzigen Punkt aus der Fülle ihrer Wahlversprechungen eingehalten, sondern alles, was ihr die eigenen Anhänger die Stimmen gegeben hatten, brutal über Bord geworfen und mißachtet. Anstatt vom Hungerkreuzerbau, über die Ablehnung der Kinderleistungen, bis zum riesigen Raubzug gegen die Erwerbslosenversicherung — eine Kette des tiefsten Verrats.

Und die gleiche Fülle sozialdemokratischer Verräterei, wie auf allen Gebieten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Front der Arbeiterklasse, trifft auch für die Rolle der SPD bei der Durchbrechung der faschistischen Methoden der Bourgeoisie zu.

## 2. Landeskongreß der RGO

Der 2. Landeskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsen findet am Sonntag dem 3. August 1930 von 9 bis 17 Uhr in Dresden, Keglheim, Friedrichstraße, gr. Saal, statt.

### Tagesordnung:

1. Die Lohnbauoffensive des Unternehmertums, Massen-erwerbslosigkeit und die Aufgaben der RGO; der 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.
2. Diskussion.
3. Wahl der Delegierten zum 5. RGI-Kongreß; Neuwahlen; Anträge; Resolutionen.

Am Sonnabend dem 2. August von 15 bis 18 Uhr findet im Dresdner Keglheim, kl. Saal, die

### Erwerbslosenkongferenz

statt, an der die Delegierten der Erwerbslosenausschüsse teilzunehmen haben. Anschließend von 19 bis 22 Uhr tagen die

### Industriegruppenkongferenzen

für sämtliche Industriegruppen. Alle Delegierten zum 2. Landeskongreß der RGO haben an diesen Industriegruppenkongferenzen teilzunehmen. Die

### Jungarbeiterkongferenz

tagt am Sonnabend dem 2. August von 15 bis 22 Uhr in den Annensalen, Fischhofplatz.

### Tagesordnung:

1. Lage der arbeitenden Jugend und die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsjugend.
2. Diskussion.
3. Wahlen und Anträge.

Jeder Delegierte hat für Material usw. einen Unkostenbeitrag von 2 Mark zu entrichten, die neben Fahrgeld und Spesen von den Wählern aufgebracht werden müssen.

Die Delegierten melden sich nach ihrer Ankunft in Dresden im Keglheim, Friedrichstraße (Straßenbahnlinie 26, das Keglheim liegt in unmittelbarer Nähe des Wettinerbahnhofs). Dort erhalten sie Material, Delegiertenkarte und Quartier.

Wir richten an alle Betriebe, Organisationen und Erwerbslosenausschüsse die Aufforderung, soweit sie noch keine Delegierten gewählt haben, sofort Versammlungen abzuhalten, um dort die Wahl von Delegierten vorzunehmen. Anträge sind zu richten an das Bezirkskomitee der RGO, Dresden-A., Rosenstraße 55. An diese Adresse sind auch die gewählten Delegierten zu melden.

### Bezirkskomitee der RGO Sachsen

geiste zu. War es nicht die regierende SPD, war es nicht Severing, der entgegen den demagogischen Wahlversprechungen den roten Frontkämpferbund, die einzige antifaschistische Wehrorganisation des deutschen Proletariats, verbietet und damit den faschistischen Heeren der Hitler, Goebbels und Dillingerer Waffenheute leistete? War es nicht die sozialdemokratische Preukerregierung, die auf einen Witz Hindenburgs das ohnehin nur formelle Stahlhelmverbot im Rheinland sofort aufhob? War es nicht die regierende Sozialdemokratie, die durch ihre Polizeifaschisten die 33 Todesopfer des Berliner Kuttimal 1929 niederkatzteten ließ?

Und war es nicht die Sozialdemokratie überhaupt, die in der Anwendung des Paragraphen 48, der Diktatur des Reichspräsidenten, den übrigen Parteien der Bourgeoisie bahnbrechend vorauszog? Hat nicht der sozialdemokratische Vorgänger Hindenburgs, Friedrich Ebert, den Paragraphen 48 genau so unglücklich und brutal im Zeichen der damaligen revolutionären Krise angewandt, um mit den Rajonetten der Reichswehr unter dem Kommando des Generals v. Seeckt bei gleichzeitiger Verbot der kommunistischen Partei die bedrohte kapitalistische Klassenherrschaft zu stabilisieren?

Aber auch die Politik der Sozialfaschisten in den letzten Tagen behält dieses Bild. Noch unter dem frechen Einbruch des frechen Verfallungssturms, der höhnischen Gleichgültigkeit durch die Brüning-Regierung, als sie den Paragraphen 48 zum Erlaß ihres Raubprogramms anwandte, über die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht davor zurück, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung gemeinsam mit der deutschnationalen Jugendpartei zu Fall zu bringen und damit der Regierung des Paragraphen 48 zu einem unerhofften und unerwarteten Vertrauensvotum zu verhelfen. Ihre erneuten Anhebungsversuche scheiterten an dem neuen Fußtritt der Bürgerblockpartei. Erst jetzt, als die

SPD durch die Politik der kommunistischen Partei und die wachsende Empörung innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in die Enge getrieben wurde, sah sie sich in der letzten Reichstagsauflösung gezwungen, von ihrer bisherigen Politik der stillen Koalition mit dem Brüning-Kabinett abzugehen und mit den Kommunisten für die Aufhebung der Brüning-Verordnung zu stimmen.

Aber die demagogische Hoffnung der Partei des traditionellen Wahlbetrugs, der SPD, mit dieser einmaligen aufgezwungenen Abstimmung ihre übrige Politik vergessen machen oder ablenken zu können, ist vergeblich. Die Massen werden im kommenden Wahlkampf der Partei der Hermann Müller, Hilferding, Severing, Wiffell nicht nur alle ihre gebrochenen Wahlversprechungen vom Mai 1928 vorhalten, nicht nur die Kette ihres fast zweijährigen Koalitionsvertrates in der Regierung, sondern sie werden auch die ganze schändliche Praxis des Sozialfaschismus in den letzten Monaten, seit der Fußtritt der Bourgeoisie die SPD aus den Ministerstühlen entfernte, zur öffentlichen Aburteilung bringen. Der kommende Wahlkampf — eine Massenmobilisierung gegen den Faschismus, wird auch mit den aktiven Bundesgenossen und Wegbereitern der faschistischen Diktatur, mit den sozialdemokratischen Lakaien des Finanzkapitals, eine gründliche, umfassende proletarische Abrechnung bringen.

Die kommunistische Partei tritt in diesen Wahlkampf als die einzige Partei, die den Massen gegen die Sklavensketten des Youngplans, gegen die würgende Hand des Hungers, der Wirtschaftskrise, des Elends von Hunderttausenden und Millionen, einen wirklichen Ausweg, eine wirkliche Lösung gezeigt hat. Die SPD, die allein das kapitalistische System von Grund auf bekämpft, vermochte deshalb vom ersten Beginn der Youngplankatastrophe durch die Überwindung des kapitalistischen Systems, durch den Sieg des Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Zerschlagung der Sklavensketten nach dem heroischen Beispiel der befreiten Arbeiter und Bauern der Comintern aufzugeben. Die SPD entrollt vor den breitesten Massen das Programm der kommenden siegreichen proletarischen Revolution.

Der Sieg des Bolschewismus in Deutschland — das bedeutet die Enteignung der Banken, der Fabriken, der Bergwerke, des Großgrundbesitzes. Das bedeutet das Ende der Fürstenspekulation, die Vernichtung der kapitalistischen Antriebskraft, die Befreiung des deutschen Volkes aus der Youngplankatastrophe, Sieg des Bolschewismus — das bedeutet den Aufbruch der werktätigen Massen, die nicht mehr in kapitalistischer Ironie, sondern als Herren im eigenen Hause für ihre eigene Sache, für ihre eigene Klasse Werte schaffen. Das bedeutet die Verwirklichung des Siebenstundentages, der den Erwerbslosen Arbeit und Brot verschafft.

Die kommunistische Partei als einzige Arbeiterpartei Deutschlands organisiert gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die täglichen Kämpfe des Proletariats gegen die praktische Durchführung des Youngplans in den Betrieben, gegen die neue Nationalisierungsoffensive und den Lohnraub des Kapitals.

Die kommunistische Partei als einzige antifaschistische Partei sammelt die Massen gegen die faschistischen Pläne und Anschläge der Bourgeoisie, gegen die Terrorhorden der braunen Wodpreit, gegen die nationalsozialistischen Hilfstruppen des deutschen Unternehmertums und des internationalen Finanzkapitals.

Wir rufen den Massen der arbeitenden Bevölkerung von ganz Deutschland zu, den Industrieproletariaten in den Fabriken der Großstädte, den Kumpeln in den Schächten der Kohlenreviere, die durch die Antriebskraft des kapitalistischen Wodpreitsystems vom ständigen Grubentod bedroht sind, den Westarbeiter in an der Wasserkante, den Chemikern in den Giftkellern Mitteldeutschlands, den 5 Millionen Erwerbslosen und Ausgewanderten, den Kranken, den Krüppeln und Invaliden, den Bauern auf den Dörfern, die ihre nackte Existenz gegen die Steuerbeamten und Gerichtsvollzieher des kapitalistischen Staates zu verteidigen haben, den verarmten Mittelständlern, den Millionen darben der Angestellten und den Ausgehungerten der unteren und mittleren Beamtenklasse, — ihnen allen und vor allem auch den werktätigen Frauen und der proletarischen Jugend rufen wir zu:

Reißt euch ein in die Front der Arbeiteroffensive gegen den Hungerkrieg der faschistischen Bourgeoisie! Kämpft mit uns!

Wir fragen die Millionenmassen: Wollt ihr es dulden, daß mit den Methoden des Faschismus eure Not verdreifacht, euer Elend verzehnfacht wird, damit eine kleine Clique kapitalistischer Ausbeuter einige Jahre länger ihr nutzloses Parasitenleben auf eure Kosten, von eurem Schweiß, von eurem Hunger stillen kann? Wir rufen euch zum Kampf!

Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie selbst mögen unsere Handlungen innerhalb und außerhalb des Parlaments erst prüfen und mit der verärrerischen Politik ihrer eigenen Partei, ihrer eigenen Führer vergleichen. Sie selbst mögen entscheiden, wer die Interessen der Arbeiterklasse, wer die Interessen der werktätigen vertritt und wer für die Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Kapitalismus eintritt. Und sie werden nur zu dem einen Schluß kommen, daß es gilt, die proletarische Einheitsfront unter dem Banner des Kommunismus, unter dem roten Banner der Sowjetmacht zu schmieden! Sie werden erkennen, daß ihr Platz an der Seite der KPD ist!

Faschismus oder Bolschewismus? — Diese Frage wird nicht mit einer parlamentarischen Abstimmung, wird nicht mit einer Reichstagswahl, wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden. Aber die Millionenmassen, die jetzt im Wahlkampf ihr Urteil abgeben, die sich für und gegen die Brüning und Hindenburg, für und gegen die Hitler und Ahd, für und gegen die Hermann Müller und Severing entscheiden, — sie werden zugleich für das große außerparlamentarische Ringen der Klassenkämpfer ihre Entscheidung verkünden. Und wenn die Massen des arbeitenden Volkes aus dem Niedergang in der kapitalistischen Anarchie einen Ausweg, einen Ausweg, eine proletarische Lösung wollen, dann kann ihr Urteil nur lauten:

- Nieder mit dem Kapitalismus!
- Nieder mit dem Faschismus!
- Für den Sieg des Bolschewismus!
- Für ein sozialistisches Deutschland!



# Der siegreiche Marxismus schlägt die antibolschewistische Kapitalsfront!

Von Bruno Goldhammer

## Gotha und Sachsen

Herr Straber träumt einen schmerzlichen Traum. Wirsten in den Triumphmärschen über den Wahlsieg in Sachsen über- hirtel ihm die schmerzliche Erinnerung an die Gothaer Wahlen, die zum Glück für die nationalsozialistischen Demagogen allmählich von der revolutionären Arbeiterfront befreit wurden. Wie ein Alb liegt dieser „Sieg“ auf den Narben und Wunden der Gothaer, denn — wie war es doch gleich — ein Tropfen Wermut, ja, mehr als einer fiel in den Freuden- becher, der diesem „Sieg“ gemischt sein sollte. Fast ein Dutzend Mandate waren damals erbeutet worden, aber — nur „eine Umkleidekabine im bürgerlichen Kaiser“, auf die es doch gar nicht ankam, war den Nazis hinhaltet; keine Arbeiterstimme holten sie sich hinzu und das Schlimmste: die Kommunisten ge- wannen nicht nur sozialdemokratische Stim- men, sondern verzögerten ihren Wählerstand über den sozialdemokratischen Stimmenverlust hinaus. Das aber war das Schlimmste nach dem efflatanten Verlangen des nationalsozialistischen „Sturmangriffes“ auf die Betriebe“ bei den Betriebsratswahlen, wobei der entscheidende Kampf und die Taktik der Revolutionären Gewerkschaftsoppor- tion nicht nur den reformistischen, sondern auch den national- sozialistischen Unternehmereliten einen schmerzlichen Schlag ver- lichte.

Nicht auf die Umkleidekabine im bürgerlichen Kaiser kommt es uns an, sondern auf die Zertrümmerung des marxistischen „Verluch“, die Lebenskraft des Marxismus zu beweisen. Damit hat er zweifellos recht. Rein und hochmütig zugleich, kleidet der „bedeutsame“ Marxisten die in folgende Sätze:

„Was gab es auch die Herren Gold, Goldschmidt, Krupp, Siemens, und wie sie alle heißen, ihre Gelder aus, wenn es den Nazis nicht nur nicht gelang, die Kampftruppe des Marxis-

mus, die Kommunistische Partei, zu schwächen, sondern abendrein auch noch Verwirrung im Herrhaufen des Burgertums an- zustiften?

Warum tun er und seine Freunde manchmal so, als läßen sie auch in der SPD eine „marxistische Partei“ über sie wissen, inwiefern? Warum all die verbalen Phrasen, die zahllosen Platane, weshalb sie ein bißchen fürchtlich erscheinen wollen... Nicht nur die Konkurrenz in der Anwendung der Unterdrückungs- methoden gegen die Arbeiter, im Kampf um die Ministerieße- l und Staatsprämien, sondern auch der Wettlauf um die Anwen- dung der besten demagogischen Kräfte zwingt sie zu Aus- einanderbeziehungen mit den SPD-Führern, und da ist „Marxi- mus“ als Schreckgespenst für Kleinbürger Mittel zum Zweck. Aber wie sich die Kollinger und Co. zeitig mit den Herren Roste und Scheibemann trafen, um die Bewegung der revolutionären Arbeiterfront im Auge zu er- fassen.

Und deshalb heißt diese zum Wahlkampf herausgehobene Pro- klamation Strabers „Der Sowjetismus geht unter“ und deshalb ist das Formwort, das „neue aktuelle“ gegen den marx- listen Vertreter der Kommunistischen Partei gerichtet, die jetzt bereits die Grundlagen für den Sozialismus schafft gegen Stalin, den Generalsekretär der KP(U). Reichend ist nur, daß Straber gegen den Marxismus ins Feld führt, er sei „inkonsequent“, er gehe „unter dem Druck des Lebens“ von der Marx-Theorie ab, er lehne damit bedeutendsten von einer Seite auf die andere und beweise damit, daß erstens: der Marxismus keine Lebenskraft besitze, zweitens die Kommunistische Partei der SU vom Sozialismus abgehe und daß Stalin die verkörperte enerische Prinzipienhaftigkeit sei. Das sind die wesentlichen Punkte der „Polemik“ des Demagogen Straber gegen den Marxismus Stalin, und sie sind deshalb so wesentlich, weil sie gleichzeitig das ganze Arsenal aller Antibolschewisten, von den Nazis über die SPD bis zu den Renegaten- gruppen Brandlers und Trotskis darstellen.

## Die Lebenskraft des Marxismus

Zunächst sieht Herr Straber im Fünfjahresplan der Indus- trialisierung und Kollektivierung der Sowjetunion die „Verluch“, die Lebenskraft des Marxismus zu beweisen. Damit hat er zweifellos recht. Rein und hochmütig zugleich, kleidet der „bedeutsame“ Marxisten die in folgende Sätze:

„Betrachten, die allzuweit an den Oberflächen, er- zählungen des politischen Lebens haften, konnte es in den Monaten des Jahres 1929 manchmal scheinen, als ob die Entwicklung in Russland schließlich doch im Sinne des Marxismus verlaufen sollte: Die Sowjetregierung leitete einen gigantischen Kampf für Industrialisierung gegen jeht- liche bäuerliche Wirtschaft („Kulaken“) und für eine Zwangssozialisierung der Landwirtschaft (Kollektivierung), ein, den sie mit brutalen Zwangsmitteln durchzuführen begann. Alle Wirtschaftsmittel des Staates, die Partei und der Wirtschaft wurden in den Dienst des sogenannten „Fünfjahresplans“ ge- stellt, dessen ungeheurer Selbstherr durch eine rückwärtslose Ausprägung der Landwirtschaft herbeigeführt werden sollte.“

Wieder abgesehen von den offensichtlich antibolschewisti- schen Paraphrasen, hat Straber damit ausgesprochen, daß dieser gigantische Fünfjahresplan ein marxistisches Meisterwerk ist und daß die Bolschewisten sehr intensiv alle Kräfte auf die Verwirklichung marxistischer Erkenntnisse konzentrierten. Daß er etwas später davon erzählt, daß das Trotski „Theorie“ ist, braucht man einem solchen „tiefgründigen“ Proklamer“ wie Straber nicht schwer anzurechnen. Gleichgültig scheint er der Wei- nung zu sein, daß Stalin neuerdings den Fünfjahresplan liquidierte, weil er seine „Undurchführbarkeit“ erkannt und als neue Seil- lung die der Rechten bezogen hat, ganz plötzlich, einfach „unter dem Druck des Lebens, das die weltberühmte Theorie zerbrechen ließ.“

Herr Straber führt das auf die Person Stalins zurück, denn dieser ist „politisch-praktisch gleichzeitig auch ein freitrotter Mensch, der die gewaltige Kraft des Lebens kennt, und anerkennt und Tatsachenmäßig genug ist, um daraus jeweils, und sei es im letzten Augenblick, die richtigen Konsequenzen für sein Handeln zu ziehen.“

Nun, wir haben keinen Grund, dem Genossen Stalin den Rollenspieler Strabers anzulegen, und kommt es nur darauf an, sich- zuhellen, wie eng die „heiligen“ Fäden aller Antibolschewisten verknüpft sind mit dem Kampf gegen die Politik und Taktik der Kommunistischen Partei der SU, als der Lehrmeisterin der Kommunisten der ganzen Welt.

## Die proletarische Diktatur bringt politischen und kulturellen Fortschritt

Hier genügt eine einfache Uebersetzung: Die proletarische Diktatur in der Sowjetunion schlägt unter kommunistischer Füh-

## Der Bauer und das Sowjetregime

Es ist unmöglich, hier die Fülle der Probleme, die diese Epoche ausrollt, auch nur anzudeuten. Den nationalsozialistischen Demagogen aber soll ein Punkt, die Bauernfrage, besonders vor die gerümpfte Nase gehalten werden. Während der Kapitalismus in Deutschland unter nationalsozialistischer Führung die wertvollen Bauernmassen dem Agrarkapital und Groß- grundbesitz ausleiert, erdrückt und erdolcht, hat die Kommu- nistische Partei in Russland den armen Bauern Land und Frei- heit gebracht.

Lenin hat die Lehre von dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft als Basis der Diktatur des Proletariats nicht als demagogische Phrasen betrachtet:

### Die proletarische, die kommunistische Revolution gab den Bauern Land und Kultur!

Aber nicht dem Wuchser, nicht dem Großgrundbesitzer, der wurde totgeschlagen oder erschossen, oder er floh ins „feindliche“ Ausland, wo er jetzt unter dem Protektorat des Hakenkreuzes seine Schauermärchen predigt. Dazu brauchten die Kommuni- sten keine besondere Arbeit zu leisten, das besorgten die Bauern selbst im Bunde mit den Arbeitern.

Aber die Kommunisten wußten, daß mit dem Land allein den Bauern noch nicht geholfen war, um gleichwertig neben der Arbeiterklasse Kulturgüter zu schaffen und zu empfangen. Sie

stellten als Ziel die Ueberwindung rückständiger Produktionsformen durch die Verbesserung der Bearbeitung, durch den Uebergang von den primitiven Ackergeräten zur Maschine, vom Holzpflug zum Traktor.

Seit Jahren waren die Grundzüge dieses Vormaliges festgelegt und wurden nun bestritten. Da und dort mußte fortgesetzt werden, aber der Marsch ging vorwärts. Seit Monaten hat der Fünfjahresplan die Pflüge aller Länder in Atem gehalten, und erst vor wenigen Wochen war neben den Giganten der Landwirtschaft und der Industrie ein neuer Markstein in aller Leute Mund:

### Turk-Sib.

die Verbindung der Eisenbahnlinie Turkestan—Sibirien ist vollendet, ein industrielles und kulturelles Meisterwerk gelungen — das ist ein Stück konsequenter Marxismus, durchgeführt und ermöglicht durch die Herrschaft der Pro- letarierdiktatur unter Führung der Kommunistischen Partei!

Und just eine Woche später kam die Meldung, daß der englische Kontinent-Tunnel aus militärischen und finanziellen Gründen nicht gebaut werden könne, das Geschäft sei fraglich und die Bewachung sei zu teuer. „Hat hier nicht die lebensvolle marxistische „Theorie“ über die „freitrotternde“ verfaulende kapitalistische „Praxis“ gelehrt? Das

industriell noch zurückbleibende Russland baut unter kommunistischer Führung die Turk-Sib — das höchstwertvolle kapitalistische England kann den Tunnelbau, sein Jahrzehnte geplant, nicht durchführen!!! Herr Straber, wo ist hier der Sieg?

Wie kommt Herr Straber, der hakenkreuzerliche Brandler, überhaupt zu der Räubergründung von „Kollektivierung“? Stalin vor dem kapitalistischen „Leben“? Hören wir was er darüber erzählt:

„Anfang 1930 erschien endlich, wie ein Blitz aus heiligem Himmel, ein Keifsel Stalins in der „Pravda“, worin Stalin eindringlich vor einer Ueberhöhung der Erfolge des „Fünf- jahreplans“ warnte und sich gleichzeitig mit klarer Entschiedenheit gegen die „lärische und fanatische“ Politik des Zwangssozialismus aussprach.“

Wenige Tage später erfolgte dann der Kultur des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei, dessen Be- leitigung die völlige Umkehr der letztbefolgten Politik anstrebte, indem es da mörlich heißt:

„Aus den Berichten, die bei dem Zentralkomitee der Partei eingelaufen sind, ist zu ersehen, daß neben mittleren Entschritten in der Kollektivierung verschiedene Tatsachen ein- zeigen von der Parteilinie in den verschiedenen Teilen der UdSSR abweichen. In erster Linie wird der Grundgedanke der Freiwilligkeit bei dem Aufbau der Kollektivierung verletzt.“

In einer Anzahl Bezirke tritt statt dessen der Zwang ein. Eintritt in die Kollektivierung unter Androhung der „Entkultifizierung“, des Verlustes der Wahlrechte im Ergebnis ist, daß unter die Zahl der „Entkultifizierten“ die „Kulaken“, die mit ganzen Familien Erbschaften von Hundert ausmachen, führen wird konzentriert, und sie werden mit ihren Familien verbannt) auch ein Teil der mittleren und armen Bauern fällt, so daß unter Umständen die Zahl der Entkultifizierten 15 vom Hundert ausmacht von der Zahl derjenigen, die der Wahlrechte verlustig geben, 15 bis 20 vom Hundert. Es sind Tatsachen eines unerhörten sozialen Unrechts und verbrecherischen Ungehorsams mit der Kollektivierung bei einigen niedrigen Funktionären, die selbst unter Opfer der Revolution von konterrevolutionären Elementen wurden. (Plünderung, Aufhebung des Vermögens, Schenkung der mittleren Bauern und selbst der armen Bauern um.)“

Soweit die Schilderung dieser angeblich „nölligen“ Ver- nun, die deutschen Bauern könnten daraus sehr viel lernen, dieses Zitat beweist nur, wie selbstbewußt die Kommunistische Partei

## die freiwillige, systematische Umstellung der Bauernschaft

fördert und wie energisch sie Verträge ausübender Bauern aufzuheben und sie flözert wird das Zitat über die Fortsetzung die das Zentralkomitee durch Stalin an alle ausübenden Bauern stellt. Raumbedarf verbietet mörliche Ausführungen. Diese Fortsetzung enthalten das Verbot von Zwangsmaßnahmen bei der Zusammenfassung von Bauernwirtschaften in Kirchenhöfen und betonen die Bedingung der Freiwilligkeit.

Gleichzeitig mit diesen Verboten gegen hakenkreuzerliche Maßnahmen wird jedoch durch Steigerung der Leistung von Kollektivierung, Maschinen usw. die freiwillige Zusammenfassung der Bauern gefördert und ermöglicht, und so der Schritt der Kollektivierung gewährt, unbeirrbar aber der Schritt in der Richtung weiter — unbeirrbar dem Ziel entgegen — Sozialismus!

## Aber das ist gar keine neue Schwenkung!

Wie verlogen die Verläufe sind, diese Maßnahmen und Er- klärungen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der SU als „plötzliche Abkehr“ von den Grundlinien der Politik der Kommunisten darzustellen, das entlarvt jedoch eine Tatsache die ebenfalls noch viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt wurde, die Tatsache, daß der Inhalt der angeblich „nölligen“ politischen Schwenkung“ fast mörlich

## bereits im Juni 1928 festgelegt

wurde. Bereits im Juni 1928 hat Genosse Stalin in seinen Be- richt auf der Leninrader Parteitarbeiterkonferenz die Richtlinien der Kollektivierungsmärche aufgestellt. Seinche wörtlich hat er dort die Aufgaben umrissen, die im Zusammenhang mit den politischen Fehlern bei der Durchführung der Politik der Kollektivierung 1930 abermals formuliert wurden. Der Kommunisten verbietet ebenfalls ausführliches Zitieren. Aber jeder, der sich mit und ernsthaft diese Dinge nachprüfen will, kann sie im Band 5 der Marxistischen Bibliothek nachlesen, von den 2 Teil der „Probleme des Leninismus“ von Stalin enthält. Wörtlich lagte Stalin in diesem Bericht:

„Wir brauchen weder Leute, die gegen die individuellen Bauernwirtschaften hegen, noch Leute, die Lobeshymnen an sie singen. Wir brauchen nichtere Kollektivisten, die es ver- stehen, aus der individuellen Bauernwirtschaft das Maximum dessen herauszuholen, was man herauszuholen kann, und die gleich verstehen, die individuelle Wirtschaft allmählich in die Bahnen des Kollektivismus zu lenken.“

Das und nichts anderes ist auch der Inhalt dieser angeblich „neuen Schwenkung“ im Jahre 1930 und das lagte der Generalsekretär der Bolschewisten bereits im Juli 1928! Herr Straber und auch die übrigen Antibolschewisten bis zur SPD und den Trotski- und Brandler-Renegaten verhalten sich vor sehr vom Marxismus“, einer „nölligen Umkehr der Politik“ konstruieren! Sie richten ihre Demagogenfünfte selbst!

Wie aus einem Guß steht die Front des revolutionären Marxismus im ersten Arbeiter- und Bauernstaat, sich und unerschütterlich markieren seine Bataillone dem Ziele entgegen — Sozialismus!

Während der faulende Kapitalismus und seine hakenkreuzerliche Luft mit antifommunistischen, antibolschewistischen Phrasen verpesten suchen, lehrt der Marxismus, vertreten durch die Kommunistische Partei von Sieg zu Sieg, die soziale Ueberwindung der Kapitalblende, alle Spitzler, rechts und links, abzumähen.

Das aber ist es, was die herrschende Klasse erstarrt hat, was sie zwingt, Millionen den Demagogen von Straber, Brandler, Föbel und Liebmann in den Rücken zu werfen.

Die Jurist vor dem Kommunismus, der Arbeiter und arbeitende Bauern aus dem kapitalistischen Reich befreit, ist es, die alle Kräfte aufheben läßt zum Kampf gegen den Sozialismus, der der Marxismus unterer Epoche ist.

# Solidaritätstag für Mansfeld u. Nordwest

findet in Dresden am Sonnabend, dem 26. Juli 1930 statt. IAH, KPD, RH Groß-Dresden